



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

V 6458 E

20. Jahrgang · Heft 8

August 1968

Grafik des Monats: Kommunalen Finanzausgleich 1968

Aufsätze: Ertragsmessungen Landwirtschaft
Zur Viehwirtschaft 1967

Ausgaben für öffentliche Schulen

Kurzberichte: Realschulabschluß
Studenten 1968

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1967	1968	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai ¹			
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)					
Produktionsindex	1958 = 100	140	149	+	6
Beschäftigte ²	1 000	171	171		0
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	775	851	+	10
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	21	22	+	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,8	7,6	-	3
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 301	1 707	-	26
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	133,4	154,0	+	15
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	107,7	112,6	+	5
VERKEHR					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 880	5 103	+	5
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	105,8	106,4	+	1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 ^a	105,0	100,7	-	4
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100 ^a	105,2	99,4	-	6
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 ^a	107,9	98,1	-	9
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	114,4	115,7	+	1
Ernährung	1962 = 100	112,6	111,3	-	1
GELD UND KREDIT					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 126	2 253	+	6
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 966	7 449	+	7
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 755	4 254	+	13
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁹	Mill. DM	54	44	-	18
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	76	81	+	6
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	37	34	-	8
Lohnsteuer	Mill. DM	42	50	+	18

1) bei "Zum Bau genehmigte Wohnungen", "Verkehr" und "Geld und Kredit": Dezember bis April

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer 4) einschließlich Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende 9) einschließlich Umsatzausgleichsteuer / Einfuhrumsatzsteuer

10) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern a) ab Januar 1968 ohne Umsatz (Mehrwert) steuer

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 8/68

	Seite
Aktuelle Auslese	169
Aus dem Inhalt	170
Aufsätze	
Methoden und Ergebnisse objektiver Ertragsmessungen in Schleswig-Holstein	171-182
Zur Viehwirtschaft 1967	183-186
Ausgaben für öffentliche Schulen 1966	186-190
Kurzberichte	
Der Realschulabschluß	191
Die Studenten im Sommersemester 1968 an der Universität Kiel	191-192
Grafik des Monats	180-181
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B — Industrie — 3. Umschlagseite	

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1968
84 Seiten, Preis 2,- DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 3/1968

Volkshochschulen
Krankenhäuser 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)
Fremdenverkehr 1967
Gemeindesteuern 1967
Umsätze in freien Berufen

Heft 4/1968

Wanderungen 1966
Anbau und Ernte 1967
Landeshaushalt 1966
Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien

Heft 5/1968

Entwicklung der Schülerzahlen
Geflügelwirtschaft
Arbeitszeiten Industrie
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)

Heft 6/1968

Investitionskraft der Gemeinden
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967
Kapitalgesellschaften 1965-1967

Heft 7/1968

Volkseinkommen
Lehrerbedarf
Straßenverkehrsunfälle 1967
Verbraucherpreise im Bund



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 8

August 1968

Aktuelle Auslese



Über 2,5 Millionen Einwohner

Ende Januar 1968 überschritt die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins die Grenze von 2,5 Millionen. Sie setzt sich aus 1,2 Millionen Knaben und Männern und aus 1,3 Millionen Mädchen und Frauen zusammen.



Mehr Fremdenbetten verfügbar

In den 141 Fremdenverkehrsgemeinden Schleswig-Holsteins stehen im Sommer 1968 rund 155 000 Betten für Gäste bereit, das sind 8 200 (6 %) mehr als vor einem Jahr. Die meisten Betten, nämlich 86 000, stehen in Privatquartieren. Unter den Gemeindegruppen sind es die Seebäder, die dem schleswig-holsteinischen Fremdenverkehr das Gepräge geben: in ihnen werden 83 % aller Betten angeboten.



Günstige Entwicklung der Landessteuern

Das Land Schleswig-Holstein hat im ersten Halbjahr 1968 über 30 Mill. DM oder 6 % mehr Steuern eingenommen als im ersten Halbjahr 1967. Das ist auf die günstige Entwicklung der Lohnsteuer zurückzuführen, deren Landesanteil um 27 Mill. DM (17 %) höher war.

	1. Halbjahr		Veränderung in %
	1967	1968	
	Mill. DM		
Landessteuern	511	541	+ 5,9
Bundessteuern	943	917	- 2,7
Steuern vom Umsatz	326	259	- 20,6
Steuern vom Einkommen ¹⁾	614	657	+ 6,9
Lohnsteuer	250	292	+ 16,9

1) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

Das Aufkommen an Bundessteuern verminderte sich demgegenüber um 25,5 Mill. DM oder 3 %. Hier konnten die Mehreinnahmen bei den Zöllen und Verbrauchsteuern (+ 7 %) sowie beim Anteil an den Steuern vom Einkommen (+ 7 %) die Verminderung der Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Mehrwertsteuer) um ein Fünftel nicht wettmachen.



Expandierende Industrie

Die Industrie Schleswig-Holsteins steht im Zeichen ansteigender Beschäftigtenzahlen. Der Zugang von 1 000 Erwerbstätigen im Mai 1968 kam hauptsächlich der Investitionsgüterindustrie zugute. Die Umsatzentwicklung ist ausgesprochen expansiv. Von Januar bis Mai 1968 waren die Umsatzerlöse um ein Zehntel größer als im Vorjahr. Die Produktionstätigkeit zeigt das gleiche positive Bild. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurden um reichlich 6 % mehr Güter erzeugt als in der gleichen Zeitspanne 1967.



Bodennutzung 1968

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungserhebung ist die Getreideanbaufläche in Schleswig-Holstein 1968 mit rund 408 000 ha um 2 % größer als 1967. Während der Weizen- und der Roggenanbau nur leicht zunahm, stieg die Haferanbaufläche weiter an (+ 6 %). Eine sehr starke Bewegung ist beim Gerstenanbau zu erkennen. Der Wintergerstenanbau stieg um 17 %, während der Sommergerstenanbau um 21 % zurückging.

Der Kartoffelanbau wurde nochmals um 20 % eingeschränkt und nimmt 1968 nur noch rund 14 000 ha ein.

Die Zuckerrübenanbaufläche änderte sich kaum noch. Dagegen wurde der Rapsanbau gegenüber 1967 um 37 % ausgedehnt.

Aus dem Inhalt

Ertragsmessungen Landwirtschaft Seite 171

Die Erntemengen müssen jährlich zuverlässig und frühzeitig ermittelt werden. Da sie nicht direkt festgestellt werden können, werden sie aus durchschnittlichen Erträgen und Anbauflächen errechnet. Die Anbauflächen werden jährlich durch entsprechende Erhebungen erfragt; die Erträge werden entweder geschätzt oder auf zufällig bestimmten Stichprobenflächen gemessen. Das Schätzverfahren ist alt und wird nach wie vor bei allen Fruchtarten angewandt. Die objektiven Messungen wurden seit 1948 bei einigen wichtigen Fruchtarten (Getreide und Kartoffeln) zusätzlich eingeführt. Aus den bei den doppelt ermittelten Erträgen festgestellten Differenzen zwischen Schätzung und Messung werden Berichtigungsfaktoren abgeleitet, die zur Verbesserung der Ergebnisse bei verwandten, nur geschätzten Fruchtarten dienen. In Schleswig-Holstein wurden Messungen 1965 bei Späten Möhren, Herbstweißkohl und Äpfeln aufgenommen, 1966 bei Dauerweißkohl und 1967 bei Dauerrotkohl. Ehrenamtliche Berichterstatter, Landwirte, Gärtner und Erwerbsobstbauer bilden das organisatorische Gerüst der Erntemessungen und Ertragsschätzungen. Für die Messungen sind bestimmte Methoden ausgearbeitet worden und vorgeschrieben, die eingehend und mit Skizzen dargestellt werden, für jede Klasse von Fruchtarten verschieden. Diese Methoden müssen den stichprobentheoretischen Forderungen genügen (Zufallsauswahl) und praktikabel sein.

Zur Viehwirtschaft 1967 Seite 183

Bei abnehmender Zahl der Halter aller Tierarten wurden lediglich die Schweinebestände nennenswert aufgestockt. In Schleswig-Holstein waren die Bestände an Läufern und Mastschweinen im März 7%, im Juni 10%, im September 5% und im Dezember 1967 7% größer als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Zählungen zum gleichen Termin. Die Rindviehbestände nahmen dagegen nur wenig zu, die Schaf- und Pferdebestände gingen weiter zurück, und auch die Hühnerbestände waren im Dezember 1967 kleiner als vor Jahresfrist. Während die Zahl der Pferdehalter um 13% gegenüber 1966 und um 50% gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt zurückging, hat die Zahl der Pferde nur noch um 5% abgenommen. Insgesamt wurden im Dezember 1967 in Schleswig-Holstein knapp 6 700 Haltungen mit 16 000 Pferden gezählt. Weiter gestiegen sind die Milcherzeugung und die Schlachtungen inländischer Rinder, Schweine und Jungmasthühner. Die Milcherzeugung erreichte im Jahre 1967 einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 2,14 Mill. t Milch erzeugt, davon wurden gut 1,93 Mill. t an Meiereien

und Händler geliefert und 86 000 t verfüttert. Die Schlachtungen von Rindern und Schweinen ausländischer Herkunft gingen 1967 nochmals erheblich zurück.

Ausgaben für öffentliche Schulen Seite 186

Die weitaus meisten Schulen sind öffentlich, alle Gebietskörperschaften tragen zu ihrer Unterhaltung Mittel bei. Das Land trägt – mit gewissen Ausnahmen in Kiel und Lübeck – die Personalkosten für die Lehrer. Zwischen den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Träger – Gemeinde, Kreis, Land – findet ein vielfältiger Ausgleich der Kosten statt. Das Land und die Kommunen gaben 1966 insgesamt 627 Mill. DM für das Unterrichtswesen aus, das sind 18% aller unmittelbaren Ausgaben. Bei den Personalausgaben hat es im Laufe der letzten 5 Jahre Verschiebungen gegeben: so ist der Anteil der Beamtenbezüge von 67% zugunsten der Angestelltenvergütungen und der Versorgungsleistungen auf 59% gesunken. Unter den Ausgaben der Vermögensbewegung bilden die Bauinvestitionen weiterhin die stärkste Gruppe. Von allen unmittelbaren Ausgaben des Unterrichtswesens trug das Land 1966 mit 366 Mill. DM 58% und die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 261 Mill. DM 42%. 1961 war das Verhältnis 60:40 gewesen. Unter den Bundesländern (ohne Stadtstaaten) weist Schleswig-Holstein mit 114 DM je Einwohner Personalausgaben die höchste Rate auf und mit 34 DM je Einwohner Bauinvestitionen die niedrigste.

Realschulabschluß Seite 191

Das Realschulwesen hat in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern eine überragende Bedeutung. In den vergangenen Jahren haben in Schleswig-Holstein rund 19% der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges das Abschlußzeugnis der Realschule (einschl. Aufbauzug) erhalten. Im Bundesdurchschnitt waren es aber nur zwischen 9 und 10%.

Studenten 1968 Seite 191

Im Sommersemester 1968 hatte die Universität in Kiel mit über 7 500 Studenten die höchste Studentenzahl, die jemals in einem Semester registriert worden ist. Die Fachrichtungen Geisteswissenschaften, Allgemeine Medizin, Naturwissenschaften und Rechtswissenschaft hatten die meisten Studenten. Zu diesen vier Fachrichtungen gehörten über 80% aller Studenten.

Methoden und Ergebnisse objektiver Ertragsmessungen in Schleswig-Holstein

Aufgabe der amtlichen Erntestatistiken ist es, jährlich die Erntemengen zuverlässig und frühzeitig zu ermitteln. Aus technischen und finanziellen Gründen können die gesamten Erntemengen nicht direkt festgestellt werden, sondern müssen aus durchschnittlichen Hektarerträgen und Anbauflächen errechnet werden, bei den meisten Obstarten aus Baumerträgen und Baumzahlen. Besonders in neuerer Zeit werden für wissenschaftliche und planerische Arbeiten sowie für Beratung und Praxis über die Erntemengen hinaus auch genaue Zahlen über die in den einzelnen Jahren und Regionen erzielten Hektarerträge gefordert.

Die Anbauflächen von landwirtschaftlichen Feldfrüchten und Gemüse werden jährlich durch die Bodennutzungserhebungen und Gemüseanbauerhebungen, die Flächen der Obstanlagen und die Zahl der Obstbäume in mehrjährigen Abständen durch die Obstbaumzählungen festgestellt. Der Anbau wird seit 1965 nur alle drei Jahre total in allen Betrieben und Gemeinden, in den Zwischenjahren in einem repräsentativen Teil von Betrieben und Gemeinden erhoben.

Die Erträge werden grundsätzlich auf zweierlei Art ermittelt:

1. Schätzung der Erträge für Bezirke, die in der Regel eine Gemeinde oder einen Teil davon, in Ausnahmefällen aber auch nur einen Betrieb umfassen.
2. Messung der Erträge auf zufällig bestimmten Stichprobenflächen von 1 bis 100 qm je nach Fruchtart.

Das erstgenannte Verfahren wird seit Jahrzehnten und auch heute noch bei allen landwirtschaftlichen und gärtnerischen Fruchtarten angewandt. Die Schätzungen sind mehr oder weniger subjektiv beeinflusst und die errechneten Regional- und Landesergebnisse mit entsprechenden Fehlern behaftet. Bereits im Jahre 1948 wurden daher bei den damals für die Ernährung der Bevölkerung besonders wichtigen Fruchtarten Winterweizen, Winterroggen sowie mittelfrühe und Spätkartoffeln objektive Ertragsmessungen eingeführt. Seit 1949 treten die Messungsergebnisse für diese Früchte an die Stelle der Schätzungen.

Den relativ sicheren Ergebnissen bei den in die Messungen einbezogenen Fruchtarten (seit 1966 auch Sommergerste) stehen wesentlich unsicherere Schätzungsergebnisse bei Sommerweizen, Sommerroggen, Hafer, Sommermehrgetreide und Frühkartoffeln gegenüber. Um

diese Genauigkeitsunterschiede abzumildern, wird daher versucht, die Erfahrungen der Messungen bei Winterweizen, Winterroggen, Sommergerste, mittelfrühen und Spätkartoffeln für die übrigen Getreidearten und Kartoffelsorten nutzbar zu machen. Aus den Abweichungen zwischen Schätzungen und Messungen bei den in die Messungen einbezogenen Arten werden Berichtigungsfaktoren abgeleitet, mit denen die Schätzungsergebnisse ähnlicher Getreidearten bzw. von Frühkartoffeln korrigiert und wahrscheinlich den wirklichen Erträgen angenähert werden. Die Größe dieser Faktoren wird in den einzelnen Jahren unter Berücksichtigung der Wachstumsverhältnisse variiert. Die Entscheidung hierüber trifft ein Sachverständigenausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Bei den übrigen landwirtschaftlichen Feldfrüchten - Ölfrüchte, Rüben, Futterpflanzen usw. - ebenso wie bei Gemüse und Obst wurden die Erträge bisher ausschließlich geschätzt. Dabei ist die Sicherheit und die Genauigkeit der Schätzungen bei den einzelnen Arten sehr unterschiedlich zu beurteilen. Es können - grob gesehen - etwa vier Gruppen unterschieden werden:

1. Fruchtarten, bei denen der Berichtserstatter seine Schätzungen anhand der Verkaufsmengen kontrollieren kann (Getreide, Zuckerrüben, Frisch-(Drusch-)erbsen, Buschbohnen, Möhren). Außerdem bestehen Vergleichsmöglichkeiten der über die Schätzungen errechneten Erntemengen im Lande mit den Verarbeitungsmengen der Industriebetriebe (Zuckerrüben, Frischerbsen, Buschbohnen).
2. Fruchtarten, bei denen die Berichtserstatter noch gewisse Verkaufsmengen vor Augen haben; diese Verkaufsmengen sind jedoch noch nach der Ernte verschiedenen Einflüssen ausgeliefert (Tabakkrankheit beim Kohl, Lagerverluste bei Kohl, Kartoffeln usw., unverhältnismäßig hohe Sortierabfälle u. a. m.). Wegen der Unsicherheiten darüber, welche Mengen in die Schätzungen einzubeziehen sind, werden die Erträge zurückhaltend beurteilt und daher zumeist stark unterschätzt.
- 3.a) Fruchtarten, bei denen die amtlichen Definitionen unzuweckmäßig gewählt sind und nicht den in der Praxis üblichen Maßstäben und Vorstellungen entsprechen (z. B. dz/ha statt Stück/ha bei Blumenkohl

und Kopfsalat). Die Schätzungen sind entsprechend unsicher.

b) Fruchtarten, deren Erntemengen in der Praxis nur selten gewogen werden, weil die Ernten im eigenen Betrieb verwertet werden (Runkel- und Kohlrüben, Heu, Grünfutter). Die Schätzungen sind daher unsicher.

4. Fruchtarten, bei denen die Schätzungen ohne jeglichen Anhalt sind. (Bewertung der Nachweide in dz Heu oder Schätzungen von Zwischenfruchterträgen ohne Anhalt und ohne Beziehungsgrößen.)

Sieht man von den Zuckerrüben, Frischerbsen und Buschbohnen ab, für die recht sichere Schätzungen vorliegen, wären bei allen übrigen flächenmäßig bedeutenden Fruchtarten Ertragsmessungen angebracht. Wegen der höheren Kosten ist die Zahl der einzubeziehenden Fruchtarten allerdings begrenzt. Es wurden daher in erster Linie für solche Fruchtarten Ertragsmessungen eingeführt, bei denen aus marktpolitischen Überlegungen genauere Ergebnisse erwünscht waren und bei denen die Messungen technisch relativ einfach durchführbar erschienen. In Schleswig-Holstein wurden außer bei den genannten Getreidearten und Kartoffeln

1965 bei späten Möhren,
Herbstweißkohl und
Äpfeln im Erwerbsobstbau,
1966 bei Dauerweißkohl und
1967 bei Dauerrotkohl

objektive Ertragsmessungen aufgenommen.

Wegen verschiedener Vorbehalte des Bundes konnten die genaueren und statistisch gesicherten Messungsergebnisse dieser Fruchtarten bisher allerdings noch nicht an die Stelle der Schätzungen treten. Vielmehr mußten auch 1967 wieder die mit subjektiven Schätzfehlern behafteten Schätzungsergebnisse als amtliche Zahlen veröffentlicht werden.

Aus den gleichen Gründen konnten auch die Schätzungsergebnisse bei frühen Möhren, Futtermöhren, Frühweißkohl, Früh- und Herbstrotkohl noch nicht aus den Erfahrungen der Messungen ähnlicher geprobter Arten korrigiert werden, wie das bei den nicht in die Messungen einbezogenen Getreidearten und Frühkartoffeln der Fall ist.

Die nebenstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Ertragsermittlungsverfahren bei den wichtigsten Fruchtarten. Wie bereits erwähnt, werden grundsätzlich bei allen Fruchtarten die Erträge geschätzt, auch bei den Fruchtarten, deren Erträge gemessen werden. Die Schätzungen (und Vorschätzungen) sind auch in diesen Fällen noch erforderlich, um frühzeitigere und regionale Informationen

Übersicht der vorhandenen und für die amtlichen Ernteberechnungen verwendeten Informationen bei den wichtigsten Fruchtarten

Fruchtart	Messung	Korrektur ¹	Verwendete Information ²	
			1967	1968
Winterweizen	seit 1949	—	M	M
Sommerweizen	ab 1968	bis 1967	K	M
Winterroggen	seit 1949	—	M	M
Sommerroggen	—	seit 1949	K	K
Wintergerste	—	seit 1949	K	K
Sommergerste	seit 1966	bis 1965	M	M
Hafer	—	seit 1949	K	K
Sommernenggetreide	—	seit 1949	K	K
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung	—	—	S	S
Frühkartoffeln	—	seit 1949	K	K
Mittelfrühe u. Spätkartoffeln	seit 1949	—	M	M
Zuckerrüben	—	—	S	S
Runkelrüben	seit 1966	—	S	M
Kohlrüben	seit 1966	—	S	M
Futtermöhren	—	seit 1965	S	K
Raps	—	—	S	S
Klee, Klee gras	—	—	S	S
Gras a. d. Acker zum Abmähen	—	—	S	S
Dauerwiesen	—	—	S	S
Landwirtsch. Zwischenfrüchte	—	—	S	S
Frühweißkohl	—	seit 1965	S	S*
Herbstweißkohl	seit 1965	—	S	S*
Dauerweißkohl	seit 1966	—	S	S*
Frührotkohl	—	seit 1967	S	S*
Herbstrotkohl	—	seit 1967	S	S*
Dauerrotkohl	seit 1967	—	S	S*
Frühwirsing	—	—	S	S
Herbstwirsing	—	—	S	S
Dauerwirsing	—	—	S	S
Grünkohl	—	—	S	S
Rosenkohl	—	—	S	S
Blumenkohl	—	—	S	S
Kohlrabi	—	—	S	S
Kopfsalat	—	—	S	S
Spinat	—	—	S	S
Frühe Speisemöhren	—	seit 1965	S	K
Späte Speisemöhren	seit 1965	—	S	M
Rote Bete	—	—	S	S
Sellerie	—	—	S	S
Porree	—	—	S	S
Spargel	—	—	S	S
Frischerbsen	—	—	S	S
Buschbohnen	—	—	S	S
Dicke Bohnen	—	—	S	S
Gurken	—	—	S	S
Rhabarber	—	—	S	S
Äpfel I ³	seit 1965	—	S	M
Äpfel II u. III ³	—	—	S	S
Birnen	—	—	S	S
Kirschen	—	—	S	S
Pflaumen, Zwetschen	—	—	S	S
Übriges Baumobst	—	—	S	S
Strauchobst	—	—	S	S
Erdbeeren	—	—	S	S

1) aufgrund der Erfahrungen von Messungen bei ähnlichen Fruchtarten

2) M = Messung, S = Schätzung, K = korrigierte Schätzung

3) Standort I: Intensiver Erwerbsobstbau; Standort II: Obstbau in un gepflegten und lückenhaften Anlagen; Standort III: Obstbau in Haus- und Kleingärten

*) Da bei Kohl nur in Schleswig-Holstein Ertragsmessungen durchgeführt werden, können auch 1968 für die amtlichen Ernteberechnungen wahrscheinlich nur die Schätzungsergebnisse verwendet werden

über die Ertragserwartungen und endgültigen Erträge zu erhalten.

Die Organisation der Ernteschätzungen

Die Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge wird in drei große Gruppen unterteilt, die z. T. noch untergliedert sind.

1. Berichterstattung über landwirtschaftliche Feldfrüchte (Getreide, Hülsenfrüchte, Hackfrüchte, Handelsgewächse, Grünland und Zwischenfrüchte)

Eingesetzt sind rund 360 ehrenamtliche Berichtersteller, zumeist Landwirte sowie Bürgermeister, Wirtschaftsberater und ähnliche Personen mit besonders guten praktischen und theoretischen Kenntnissen.

Jeder Berichtersteller berichtet für eine bestimmte Bodengüteklasse seiner Wohnsitzgemeinde oder eines Teils der Gemeinde, d. h. für einen eng begrenzten, relativ homogenen und gut überschaubaren Bezirk. Auf die praktisch nicht zu realisierenden Gewichtungen, die bei größeren und damit meist inhomogenen Bezirken gefordert werden mußten, kann hier weitgehend verzichtet werden.

Die Berichtsbezirke wurden so gewählt, daß sowohl die einzelnen Landschaften und Klimazonen als auch die einzelnen Bodengüteklassen richtig repräsentiert werden.

2. Berichterstattung über Gemüse

Etwa 150 Landwirte und Gärtner berichten über Wachstumstand und Erträge von Gemüse, und zwar über ganze Gemeinden, über Teile von Gemeinden oder auch nur über den eigenen Betrieb.

Die Berichtsbezirke sind so verteilt, daß ein möglichst hoher Anteil der Anbaufläche repräsentiert wird. Anhand der jährlichen Anbauerhebungen wird die Verteilung der Berichtsbezirke überprüft und nötigenfalls geändert.

3. Berichterstattung über Obst

3.1 über betriebseigene Apfelanlagen des Erwerbsbaues

Etwa 60 Erwerbsobstbauer berichten über Wachstumstand und Ernte (in dz/ha) ihrer Apfelanlagen, und zwar nur der voll ertragfähigen Apfelanlagen. - Einige Erwerbsobstbauer berichten auch über Birnen-, Pflaumen- und Kirschen-erträge.

3.2 über Obst in Haus- und Kleingärten

Etwa 90 Personen berichten über Wachstumstand und Erträge in den

Haus- und Kleingärten, und zwar für einen gut überschaubaren Teil ihrer Gemeinde.

Wenn man von der Unsicherheit bei den meisten Schätzungen überhaupt absieht, bewährt sich die beschriebene Organisation. Allgemein sind die einzelnen Schätzungen und auch die daraus errechneten Durchschnittsergebnisse um so zuverlässiger, je kleiner der Bereich ist, über den zu schätzen ist. Weiterhin muß dafür gesorgt sein, daß die Bezirke repräsentativ verteilt sind, daß allgemein sachkundige Personen eingesetzt werden und daß die Fragestellung sachgerecht ist. Letzteres ist bisher nicht in allen Fällen gewährleistet. Bei Äpfeln im Erwerbsobstbau ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden durch Übergang von der Schätzung in kg/Baum auf den hier viel geläufigeren Maßstab dz/ha. Bei Frischerbsen wurde durch Schätzung der allein geläufigen und zu ermittelnden Körnererträge (ohne Hülsen) die Genauigkeit gesteigert. Bei anderen Früchten ist die Fragestellung dagegen noch teilweise recht unbefriedigend. So müssen die Berichtersteller die Blumenkohlerträge nach wie vor in dz/ha angeben, obwohl der einzig brauchbare Maßstab in diesem Fall die Stückzahl je ha (ggf. nach Handelsklassen) ist.

Aus den Meldungen der einzelnen Berichtersteller werden im Statistischen Landesamt nach Anbauumfang gewogene durchschnittliche Erträge für Kreise, Naturräume und für das Land errechnet.

Die objektiven Ertragsmessungen

Da die Schätzungen "kein ausreichend zuverlässiges Bild von der Höhe der jeweiligen Erntemengen"¹ geben, wurden nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik neben den Ertragsschätzungen neue objektive Meßverfahren zur Ermittlung der Erträge eingeführt. Seit 1948 werden die Erträge von Winterweizen, Winterroggen und von mittelfrühen und Spätkartoffeln nach einem Stichprobenverfahren objektiv festgestellt. Seit 1966 (in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern bereits seit 1953.) werden nach der gleichen Methode auch die Erträge von Sommergerste gemessen.

Seit 1965 wurden für eine Reihe anderer Fruchtarten objektive Ertragsmessungen eingeführt, und zwar für Rüben, Möhren, Weißkohl, Rotkohl und Äpfel im Erwerbsobstbau.

Während der Jahre 1956 bis 1965 waren auf Wunsch des Bundesernährungsministeriums

¹) Strecker, H., Moderne Methoden in der Agrarstatistik, S. 35, Würzburg 1957

und des Statistischen Bundesamtes schon Ertragsfeststellungen an zufällig ausgewählten Apfelbäumen in Haus- und Kleingärten vorgenommen worden. Die Verfahren kamen denen der heute praktizierten Ertragsmessungen nahe. Veröffentlichungsreife Ergebnisse konnten allerdings nicht erstellt werden. Diese Versuche wurden eingestellt, da dieser Bereich des Obstbaus in Schleswig-Holstein zu unbedeutend ist, um hier weitere Aufwendungen zu rechtfertigen.

Ertragsmessungen bei Getreide und Kartoffeln

Die Messungen bei Getreide und Kartoffeln sind unter dem Namen "Besondere Erntermittlung" bekanntgeworden und gesetzlich angeordnet. Die Verfahren dieser Messungen sollen hier nur kurz skizziert werden und einige Ergebnisse dargestellt werden. Ausführliche Darstellungen der Methoden wurden von Strecker² sowie von Nourney und Kallmeyer³ veröffentlicht.

Die Erhebungen werden in zwei Phasen durchgeführt:

In der ersten Phase wird durch "Probeschnitte" bei Getreide und durch "Proberodungen" bei Kartoffeln die gewachsene Ernte festgestellt; in der zweiten Phase wird auf einem Teil der Felder der ersten Phase die Erntemenge bei ortsüblicher Ernte und bei Kartoffeln durch Nachrodungen der Ernteverlust ermittelt.

Die Probestücke werden in der ersten Erhebungsphase durch ein vierstufiges Auswahlverfahren bestimmt. Auswahlgrundlage bildet die jeweils letzte totale Bodennutzungshaupterhebung. Dabei werden folgende Auswahlstufen benutzt:

- Gemeinde
- Betrieb
- Feld
- Probestück

Zur Fahrtkosten- und Zeitersparnis werden je zwei Betriebe in einer Gemeinde erfaßt; demzufolge werden in der ersten Stufe $1/2 n$ Stichprobengemeinden proportional zur Anbaufläche ausgewählt (n = Zahl der zu probenden Felder)⁴. In der zweiten Auswahlstufe werden die beiden Betriebe in den ausgewählten Gemeinden und in der dritten Auswahlstufe die Felder in diesen Betrieben - ebenfalls flächenproportional - ausgewählt. In der vierten Auswahlstufe werden auf jedem Stichprobenfeld

2) Strecker, a.a.O., S. 36 ff.

3) Nourney, M. - Kallmeyer, H., Besondere Erntermittlung, in: Stichproben in der amtlichen Statistik, Herausg. Statistisches Bundesamt, Mainz 1960, S. 268 ff.

4) Winterweizen: $n = 220$
 Winterroggen: $n = 240$
 Sommergerste: $n = 200$
 Kartoffeln: $n = 200$

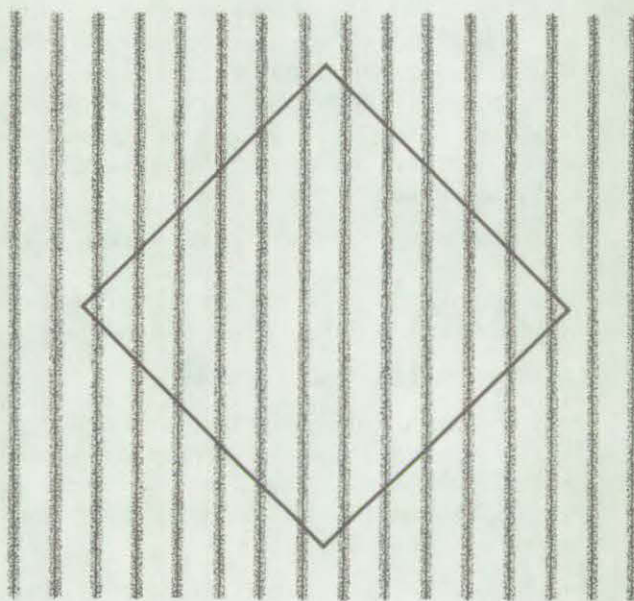
Probestücke ausgewählt. Um den Flurschaden und den Zeitaufwand gering zu halten, werden alle Proben auf einer Feld-Diagonalen genommen, und zwar beginnend in der Ecke des Feldes, die dem Dorf am nächsten liegt. Durch eine vorgegebene Schrittzahlregel wird sichergestellt, daß der Anteil der Feldränder im annähernd richtigen Verhältnis in die Stichprobe hineinkommt. Auf jedem Stichprobenfeld werden fünf Probestücke ausgewählt.

Bei Getreide umfaßt jedes Probestück eine Fläche von genau 1 qm. Zur Abgrenzung werden dabei starre quadratische Rohr-Rahmen mit einer Seitenlänge von 1 m, teilweise auch Zirkel mit einem Radius von rund 56 cm benutzt. Damit das Ergebnis unbeeinflusst vom Abstand der Drillreihen bleibt, wird der qm-Rahmen diagonal zu den Drillreihen gelegt.

D - 3918

Erntemessung bei Getreide

Lage des Quadratmeter-Rahmens zu den Drillreihen der Getreidesaat



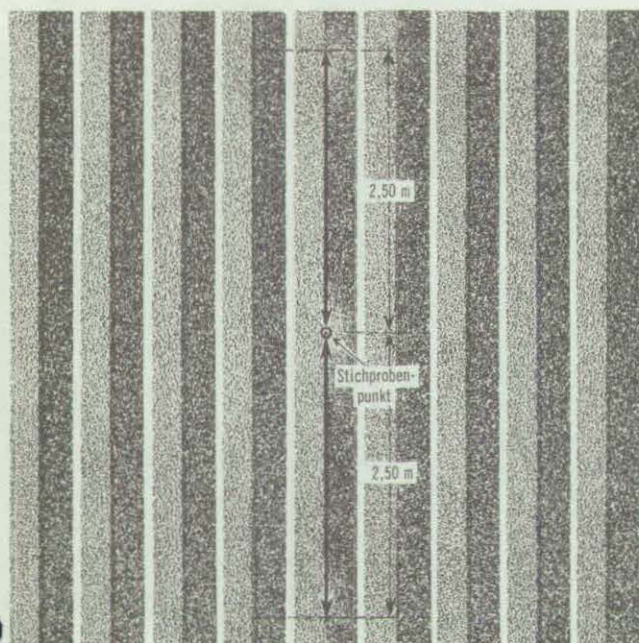
Alle Getreideähren innerhalb des qm-Rahmens werden geerntet. Anschließend wird in der landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) das Gewicht an reinem Getreide mit 86% Trockensubstanz festgestellt. Aus dem Gewicht der fünf qm-Schnittproben wird der Hektarertrag errechnet.

Bei Kartoffeln werden in der ersten Phase ebenfalls auf der Feld-Diagonalen nach Schrittzahlregel Stichprobenpunkte ausgewählt. Von diesen Stichprobenpunkten werden in der betreffenden Reihe je 2,50 m vor und zurück vermessen. Die so begrenzten 5 m-Reihenlängen werden voll gerodet und die (gesäuberten) Kartoffeln gewogen.

Da hier keine konstante Stichprobenfläche abgeerntet wird, müssen zur Errechnung des Hektarertrages noch Reihenabstände ver-

Erntemessung bei Kartoffeln

Das Bestimmen des Probestückes in der Pflanzreihe



messen werden; und zwar wird an jeder Probe-
stelle der Abstand bis zur fünften Nebenreihe
vermessen. Der Hektarertrag des Stichproben-
feldes errechnet sich dann wie folgt:

$$dz/ha = \frac{kg E \cdot 25\ 000}{cm RA}$$

dabei bedeuten:

E = Ertrag der 5 Probestellen

RA = Summe der 5 · 5 Reihen-
abstände

Aus den einzelnen Hektarerträgen der Stich-
probenfelder wird der durchschnittliche
(Brutto-)Hektarertrag als einfacher Durch-
schnitt errechnet.

In der zweiten Phase wird bei Getreide auf
etwa 15% der Probeschnittfelder das Gewicht
an Getreide des gesamten Probefeldes bei der
Ernte ermittelt. Aus technischen und termin-
lichen Gründen kommen hierfür praktisch nur
Betriebe in Frage, die 1. mit dem Mäh-
drescher ernten oder Hockendrusch durch-
führen und die 2. das Getreide unmittelbar vom
Feld an Handel oder Genossenschaft verkaufen.
(Eine Zufallsauswahl ist daher bei Getreide in
der zweiten Phase kaum zu verwirklichen)

Bei Kartoffeln wird in der zweiten Phase auf 15%
der Proberodungsfelder der Ernteverlust direkt
festgestellt. Dazu wird nach der ortsüblichen
Vollernte auf je fünf durch qm-Rahmen abge-
grenzten Probestücken nachgerodet (-gegraben),
die gefundenen Kartoffeln gewogen und der
Ernteverlust für das Probefeld auf dz/ha
umgerechnet.

Aus der Gegenüberstellung der Probeschnitt-
mit den Volldruschergebnissen und der Probe-

rodungs- mit den Nachrodungsergebnissen
werden Korrektivfaktoren (k) errechnet:

$$(\text{Getreide}) k = \frac{y}{x}$$

$$(\text{Kartoffeln}) k = \frac{(x - V) \cdot 100}{x}$$

dabei bedeuten (in dz/ha):

y = die Erträge der Volldrusche

V = die Ernteverluste der Nachrodungsfelder

x = die dazugehörigen Erträge der Probe-
schnitte bzw. Proberodungen

Aus den Werten k aller Felder mit Voll-
druschen und Nachrodungen wird das Landes-
korrektiv als einfaches arithmetisches Mittel
errechnet.

Um die statistische Sicherheit des Landes-
korrektivs zu erhöhen, werden entsprechende
Informationen der Nachbarländer Nieder-
sachsen und Nordrhein-Westfalen in die
Berechnungen einbezogen.

Durchgeführt werden die Messungen bei der
"Besonderen Erntermittlung" von Kreis-
kommissionen, die zumeist aus einem Sach-
bearbeiter der Kreislandwirtschaftsbehörde
und einem sachverständigen Landwirt bestehen.
Die Kommissionen werden von einem Sach-
verständigen des Bundesamtes für Ernährung
und Forstwirtschaft, der für das gesamte Land
zuständig ist, unterstützt und kontrolliert. Die
Auswahl der Betriebe und die Aufbereitung der
Ergebnisse geschieht im Statistischen Landes-
amt.

Die Ergebnisse der "Besonderen Erntermitt-
lung" lösten seit 1949 die Zahlen der Ernte-
schätzungen ab und wurden als amtliche Zahlen
veröffentlicht. Da mit den objektiven Ertrags-
feststellungen zuverlässig nur durchschnitt-
liche Landesergebnisse errechnet werden
können, müssen Regionalergebnisse nach wie
vor mit Hilfe der Schätzungen ermittelt
werden. Diese werden allerdings nach den im
Landesdurchschnitt errechneten Abweichungen
zwischen Messung und Schätzung korrigiert.

Weiterhin werden die bei den in die Messungen
einbezogenen Getreidearten und Spätkartoffeln
festgestellten Abweichungen zwischen Schätzung
und Messung teilweise - in den einzelnen
Jahren unterschiedlich - auf die Schätzungs-
ergebnisse der nicht einbezogenen Getreide-
arten und Frühkartoffeln übertragen.

Die Abweichungen der Schätzungen von den
objektiven Messungen halten sich, wie die
nachstehende Übersicht zeigt, bei Getreide in
engen Grenzen. Bei Kartoffeln werden die
Erträge nicht unerheblich unterschätzt. Das
mag damit zusammenhängen, daß von den
geernteten Kartoffeln im allgemeinen nur ein
Teil verkäuflich ist. Sortierabfall und Schwund

Ergebnisse der besonderen Erntermittlung in Schleswig-Holstein

Fruchtart	Jahr	Zahl der ausgewerteten Probefelder	Gemessener Ertrag		Abgeleiteter "Ernteverlust"	Endgültiges Ergebnis der Messungen (E)		Endgültige Schätzung der Bericht-erstat-ter
			Brutto	Standardfehler		Schätzung = 100	dz/ha	
			dz/ha	%	%			dz/ha
Winterweizen	1950	200	32,9	.	10,0	28,1	103	27,4
	1960	200	46,4	1,0	17,5	38,2	104	36,7
	1966	220	37,0	1,7	8,7	33,7	102	33,2
	1967	220	46,8	1,5	8,0	43,0	103	41,8
Winterroggen	1950	250	24,3	.	14,4	20,4	100	20,5
	1960	300	32,9	1,5	17,9	26,7	104	25,7
	1966	240	28,7	1,8	6,4	26,5	104	25,5
	1967	240	31,4	1,8	5,8	29,1	98	29,7
Sommergerste	1966	200	30,7	1,5	9,4	27,8	90	30,9
	1967	200	27,3	1,7	4,1	26,1	93	28,2
Kartoffeln (mittelfrühe und späte)	1950	250	251	.	12,3	220	112	196
	1960	270	278	1,7	8,8	244	109	223
	1966	200	282	2,1	9,1	249	108	230
	1967	200	333	1,6	7,0	300	116	258

bleiben bei den Schätzungen unbeachtet, da den Berichterstatlern nur die Verkaufsmengen gewichtsmäßig bekannt sind und als Maßstab für die Schätzungen dienen können. Die abfallenden Reste werden nicht oder zu gering beachtet.

Die Ertragsmessungen bei Rüben, Gemüse und Obst

Die seit 1965 laufenden Ertragsmessungen bei Rüben, Gemüse und Obst können aus organisatorischen und rechtlichen Gründen nicht wie die Getreide- und Kartoffelmessungen durch die erwähnten Kreiskommissionen durchgeführt werden. Vielmehr werden Qualitätskontrollen der Landwirtschaftskammer als sachkundige und zuverlässige "Sonderberichterstatler" für die Messungen in den Betrieben eingesetzt. Vereinzelt konnten auch Ernterberichterstatler für diese Arbeiten gewonnen werden. Diese Sonderberichterstatler wurden im Jahre 1965 eingewiesen und auch in den folgenden Jahren mehrfach geschult. Die Apfel-erträge werden von den Inhabern der Stichprobenflächen gemessen. Nach der Zahl der eingegangenen Meldungen werden Pauschalvergütungen für Fahrtkosten und Zeitaufwand gezahlt. Mit dem erforderlichen Gerät (Bandmaß und Federwaage) werden die Sonderberichterstatler vom Statistischen Landesamt ausgerüstet.

Rüben, Kohl und Möhren

Die Probestücke für Messungen bei Runkelrüben und Kohlrüben werden wie bei Getreide/Kartoffeln vierstufig ausgewählt, wobei in den ersten drei Stufen (Gemeinde, Betrieb, Feldstück) in gleicher Weise verfahren wird wie bei Getreide/Kartoffeln (flächenproportionale

Auswahl). Auf jedem Stichprobenfeld sind drei Probestücke (statt 5 bei Getreide und Kartoffeln) zu bestimmen. Dabei wird wie folgt verfahren:

(a) Bestimmung der Reihen

Auf dem Feldstück wird die Zahl der Reihen gezählt, bei großen Feldern geschätzt. Im Kopf eines Losstreifens, der (nach Zufallszahlen aufgebaut) auf den für jedes Probefeld vorbereiteten Erkennungsnachweis aufgeklebt ist, werden die entsprechenden Spalten aufgesucht und die Meßreihen abgelesen.

Beispiel: Auf dem Feldstück stehen 25 Reihen

Losstreifen:

wenn ... Reihen auf dem Feldstück	22 - 24	25 - 27	28 - 30
dann:					
1. Probe in der Reihe	2	10	11
2. Probe in der Reihe	8	15	17
3. Probe in der Reihe	12	22	26

Es wäre in diesem Fall in der 10., 15. und 22. Reihe zu messen

(b) Bestimmung der "Richtpflanzen" (Stichprobenpunkt)

Die Richtpflanzen (Stichprobenpunkte) liegen auf den Schnittpunkten der ausgelosten Reihen mit der Feld-Diagonalen, die in der Ecke beginnt, die dem Dorf am nächsten liegt.

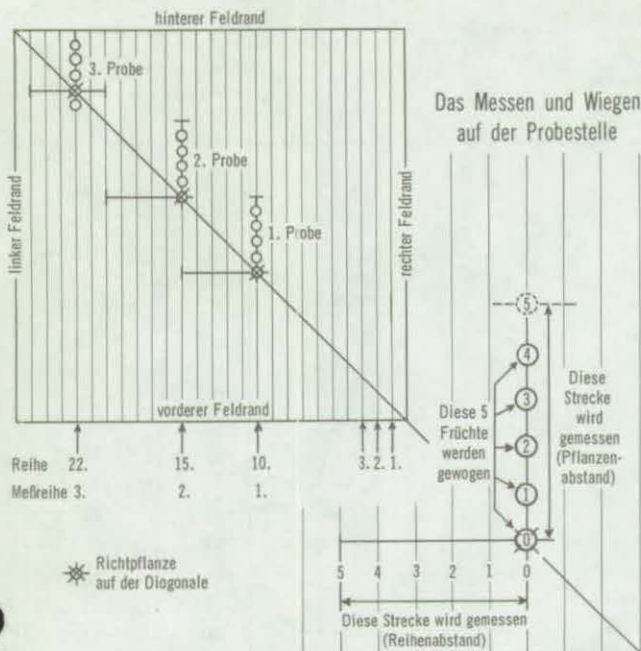
Nach der Bestimmung der Richtpflanzen beginnen die eigentlichen Messungen, die bei Rüben und Kohl aus drei Teilen bestehen.

(a) Reihenabstand:

Es wird von der Richtpflanze ausgehend der Abstand bis zur fünften Nebenreihe vermessen.

Erntemessung bei Rüben

Das Bestimmen der Probestellen auf dem Feld



schnitten werden. Dabei würden sich zwangsläufig systematische Fehler ergeben, die durch das oben beschriebene Verfahren vermieden werden. Außerdem würden die Arbeiten auf den Feldern erheblich erschwert, bei Kohl sogar sehr oft verhindert, da die Betriebsinhaber nicht zulassen würden, Kohlköpfe zu zerschneiden.

Bei Möhren wird ein ähnliches Verfahren angewandt wie bei den Kartoffelmessungen. Die Stichprobenpunkte (4. Stufe) werden wie bei Kohl und Rüben mit Hilfe eines Losstreifens ausgewählt. Auf jedem Probefeld werden drei Probestücke bestimmt. Die Messung selber besteht hier aus zwei Teilen:

(a) Reihenabstand:

Vom Richtpunkt (Stichprobenpunkt) aus wird der Abstand bis zur fünften Nebenreihe vermessen.

(b) Gewicht:

Vom Richtpunkt aus werden in der Reihe 2 m vermessen und die darauf gewachsenen Möhren gerodet, vom Kraut getrennt, sorgfältig gesäubert und gewogen.

(b) Pflanzenabstand:

Von der Richtpflanze ausgehend wird der Abstand bis zur fünften Nebenpflanze in derselben Reihe vermessen. Dabei sind Früchte, die erfahrungsgemäß später nicht geerntet werden oder Fehlstellen zu übergehen.

(c) Gewicht:

Beginnend mit der Richtpflanze werden fünf Früchte (sorgfältig gesäubert, ohne Blätter bzw. handelsüblich) einzeln mit einer Federwaage auf 0,1 kg genau gewogen.

Alle Messungen sind von der Richtpflanze in Richtung vom Dorf weg zu legen. Die Ergebnisse werden einzeln in vorbereitete Erkennungsnachweise eingetragen.

Aus den Ergebnissen der drei Probestücke wird für jedes Probefeld im Statistischen Landesamt der Hektarertrag des Probefeldes errechnet.

Das beschriebene Verfahren hat sich bei Rüben und Kohl in den drei Jahren seiner Anwendung sehr gut bewährt. Bei diesen Früchten ist es besser als das Verfahren der Kartoffelmessungen oder als ähnliche Verfahren mit fest vorgeschriebenen Meßstrecken. Es zwingt nicht dazu, Früchte zu zerteilen, wenn Beginn oder Ende der zufällig bestimmten Meßstrecke eine Frucht treffen sollte. Bei einem durchschnittlichen Pflanzenabstand von 60 cm und einem durchschnittlichen Fruchtdurchmesser von 20 cm müßten andernfalls pro Feld im Durchschnitt $1/3 \cdot 3 \cdot 2 = 2$ Früchte zer-

Die in der Übersicht dargestellten Ergebnisse der Erntemessungen können zumindest für die Jahre 1966 und 1967 in allen Fällen als ausreichend gesichert angesehen werden. Die Gegenüberstellung der Messungs- und Schätzungsergebnisse zeigt bei Runkelrüben, Kohlrüben sowie bei den aufgeführten Kopfkohlarten außerordentlich starke Abweichungen. An diesen Beispielen wird die große Unsicherheit von Schätzungen allgemein sichtbar. Noch nach Abzug von 10% für Ernteverluste liegen die gemessenen Erträge der Rüben so stark über den Schätzungen, daß alle bisherigen Vorstellungen und Berechnungen, die auf den bisherigen Schätzungsergebnissen beruhen, revidiert werden müssen. Besonders in der Wertung der relativen Vorzüglichkeit der Runkel- und Kohlrüben im Vergleich zu anderen Futterpflanzen dürften sich gänzlich andere Aspekte ergeben.

Der Grund für die starken Unterschätzungen dürften bei Rüben darin zu suchen sein, daß die Mehrzahl der Landwirte und damit auch der Berichterstatter noch niemals die Rübenernten in der Praxis gewogen hat und daher keinerlei Maßstäbe und Anhaltspunkte für die Schätzungen besitzt.

Die hohen Abweichungen zwischen Schätzungen und Messungen bei Kopfkohl mögen teilweise die gleichen Ursachen haben wie bei Rüben. Daneben dürfte es eine Rolle spielen, daß der

Ergebnisse der Erntemessungen bei Rüben, Kohl und Möhren in Schleswig-Holstein

Fruchtart	Jahr	Zahl der ausgewerteten Probefelder	Gemessener Ertrag		Ernteverlust (angesetzt)	Endgültiges Ergebnis der Messungen		Endgültige Schätzung der Bericht-erstat-ter
			Brutto ¹	einf. rel. Standardfehler		Schätzung = 100	dz/ha ²	
			dz/ha	%	%			dz/ha
Runkelrüben	1965	29	949,40	6,10	10	844,5	176	479,3
	1966	88	1 101,24	4,01	10	991,1	181	548,8
	1967	107	1 194,22	3,15	10	1 074,8	177	608,4
Kohlrüben	1965	37	828,28	6,65	10	745,5	154	484,1
	1966	120	898,70	3,55	10	808,8	146	554,6
	1967	109	873,19	3,46	10	785,9	134	584,8
Späte Möhren	1965	144	454,79	3,71	10	409,3	103	396,1
	1966	148	614,19	3,15	10	552,8	116	477,4
	1967	165	558,00	4,52	10	502,2	110	457,5
Herbstweißkohl	1965	162	795,52	2,50	10	716,0	126	567,6
	1966	108	1 020,86	2,78	10	917,8	125	731,7
	1967	103	936,90	3,64	10	843,2	126	670,9
Dauerweißkohl	1966	109	739,96	3,24	10	666,0	134	495,5
	1967	117	761,95	3,58	10	685,8	148	463,2
Dauerrotkohl	1967	107	616,60	4,11	10	554,9	152	365,3

1) Rüben: ohne Blätter, Wurzeln und Schmutz, ohne angefaulte Früchte
 Kohl: ohne Deckblätter und Strunk, ohne angefaulte und nicht geschlossene Köpfe
 Möhren: ohne Kraut und Schmutz, ohne angefaulte, beinige und geplätzte

2) bis einschließlich 1967 amtliches Ergebnis

Schätzer die Verwertungsmöglichkeiten in den einzelnen Jahren mit in seine Überlegungen einbezieht.

Hinreichend genau scheinen die Schätzungen bei späten Möhren zu sein. Auch bei Frisch-erbsen (Drusch-erbsen) und Buschbohnen wurde beim Vergleich der Schätzungsergebnisse mit den Ablieferungsergebnissen und Berechnungen der Konservenfabriken, die den überwiegenden Teil der Ernten abnehmen, weitgehende Übereinstimmung festgestellt.

Die Genauigkeit der Schätzungen bei diesen drei Gemüsearten dürfte die Folge einer modifizierten Organisation der Berichterstat-tung sein. Diese Gemüsearten werden zu-nehmend von Großbetrieben im großen einzel-betrieblichen Umfang angebaut. Für diese Betriebe wurde daher eine vielfach auf eine einzige Gemüseart spezialisierte Betriebs-berichterstattung aufgebaut, die zu wesentlich genaueren Ergebnissen führte als die Bericht-erstattung für ganze Gemeinden bei den anderen Fruchtarten.

Äpfel im Erwerbsobstbau

Für Ertragsangaben ist im Erwerbsobstbau Schleswig-Holsteins die Maßeinheit dz/ha üblich. Den Obstbauern gelingen deshalb Ertragsschätzungen für ganze Flächen besser als solche für Einzelbäume in kg je Baum. Damit nun die Messungen auch dazu verwendet werden konnten, die Zuverlässigkeit der Schät-zungen zu beurteilen, wurden sie ebenfalls auf die Berechnung von Flächenerträgen abgestellt.

Die erforderliche Zahl von Stichprobenflächen wurde dreistufig flächenproportional aus-gewählt und zwar nach den Stufen Betrieb, Anlage, Stichprobenfläche. 1964 wurden aus den Unterlagen des Obstbauberatungsringes 101 Stichprobenflächen ausgewählt; diese Aus-wahl wurde später aus den Unterlagen der Obstbaumzählung 1965 auf 130 Stichproben-flächen ergänzt. Auf einige Betriebe mit sehr großen Obstanlagen entfallen mehrere Stich-probenflächen.

Bei der Auswahl der Anlagen war kein Unter-schied zu machen zwischen voll ertragfähigen und Junganlagen. Die Stichprobenanlagen wurden im Betrieb oder nach genauen Plänen annähernd flächenproportional ausgewählt.

Die Stichprobenflächen sollen annähernd 1 000 qm umfassen. Bei deren Auswahl ist zu unterscheiden zwischen Anlagen in der Marsch und auf der Geest.

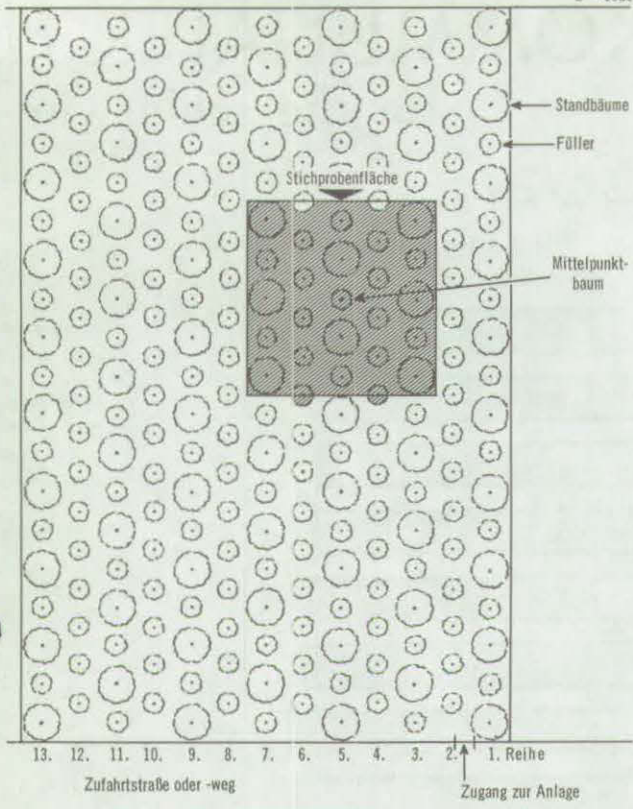
1. Geest:

Zuerst wird in der Anlage eine bestimmte Baumreihe, sodann ein Mittelpunktbaum ausgelost. Um diesen Mittelpunktbaum her-um wird eine Fläche von annähernd quadra-tischen Ausmaßen und etwa 1 000 qm (ca. 31,6 m Seitenlänge) vermessen. Die Längs-seiten sollten genau zwischen zwei Baum-reihen verlaufen. Die Querseiten sollen jeweils durch die Mitte der Bäume gedacht sein (s. Abbildung). Die durch die "vordere" Grenzlinie geschnittenen Bäume werden in die Stichprobe einbezogen, die durch die

Erntemessung bei Baumobst in der Geest

Ausgelost: 5. Reihe, 12. Baum

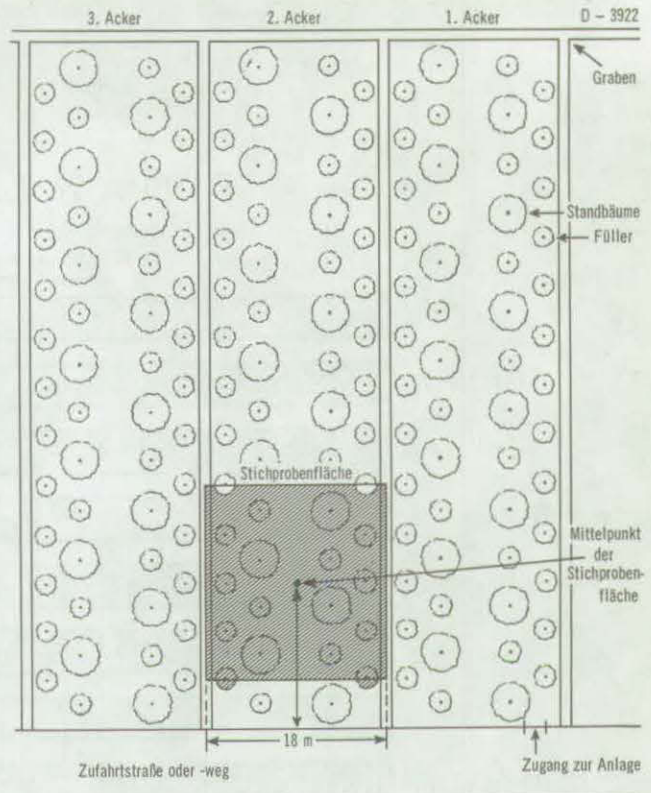
D - 3921



Erntemessung bei Baumobst in der Marsch

Ausgelost: 2. Acker, Mittelpunkt 16 m vom Anfang des Feldstückes

D - 3922



"hintere" Grenzlinie geschnittenen Bäume bleiben unberücksichtigt.

2. Marsch:

In der Marsch sind die Anlagen durch Wassergräben in Äcker unterteilt. Es wird daher zuerst ein Acker ausgelost und sodann die Schritt- oder Meterzahl des Mittelpunktes der Stichprobenfläche von der "vorderen" kurzen Seite der Anlage ausgelost.

Die Stichprobenfläche soll auch hier etwa 1 000 qm umfassen. Zwei Seiten sind durch die Gräben begrenzt. Die ungefähre Länge der Stichprobenfläche muß über die Breite errechnet werden ($Länge = \frac{1000 (m)}{Breite (m)}$).

Bezüglich des Verlaufs der Quer-Begrenzungslinien und der Einbeziehung der durch diese Linie geschnittenen Bäume gilt das gleiche wie bei den Geestanlagen.

Nach Festlegung der Grenzlinien wird die Stichprobenfläche genau mit einem Bandmaß vermessen. Die einzubeziehenden Bäume werden mit runden Aluminiumplättchen⁵, in die fortlaufende Nummern eingestanzt sind, gekennzeichnet.

5) Neuerdings werden (billigere) Kunststoffetiketten (Baumschulbedarf) verwendet, in die fortlaufende Nummern gelocht sind

In einer Liste werden sämtliche Angaben zur Lage, Auswahl und Größe der Stichprobenfläche sowie Nummer, Pflanzjahr, Bauform und Sorte der einzelnen Bäume und deren Standfläche vermerkt.

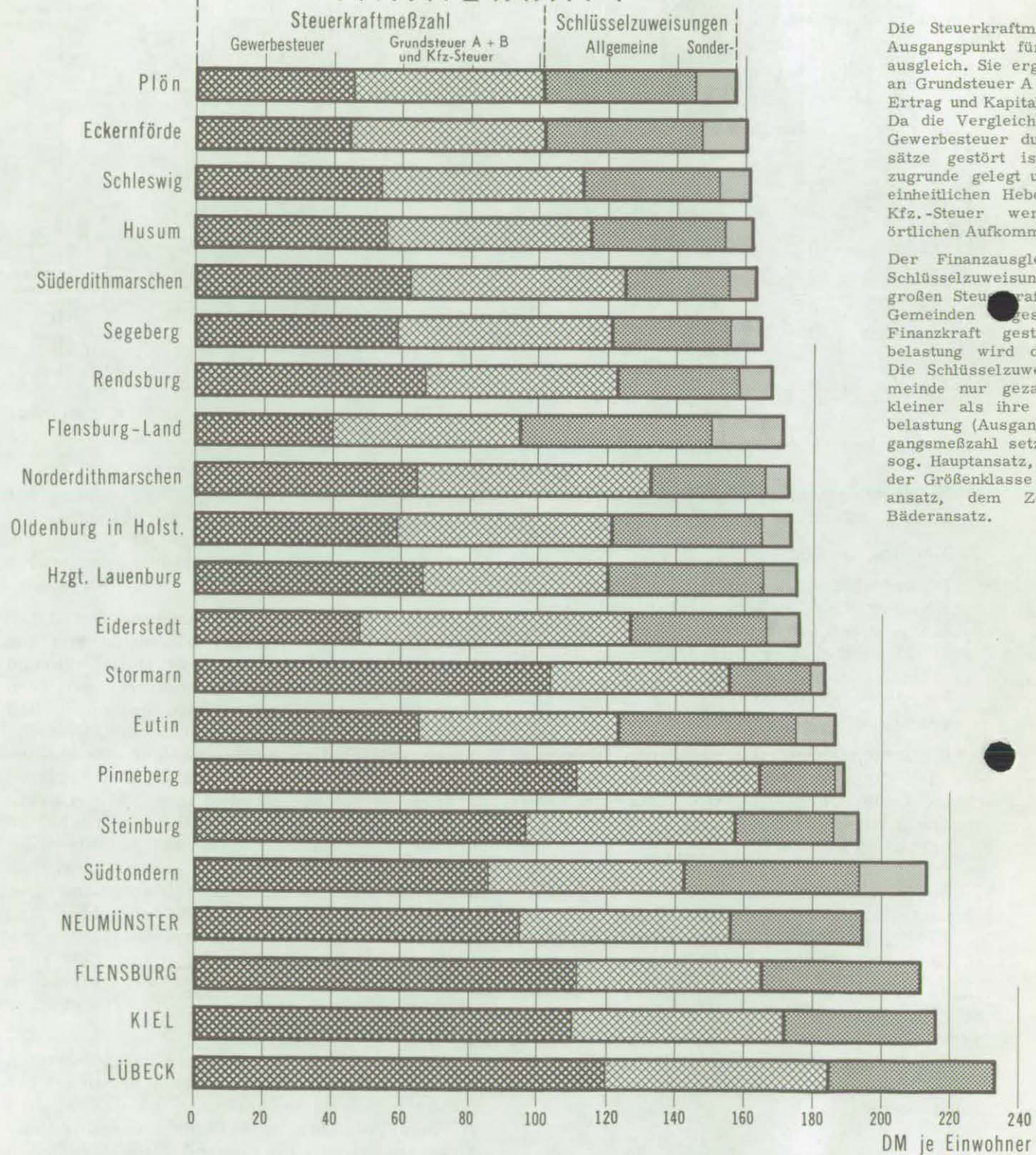
Die Erträge der Stichprobenbäume und damit auch der Stichprobenflächen werden von den Inhabern der ausgewählten Betriebe während der Erntearbeiten laufend notiert und dem Statistischen Landesamt übermittelt. 1965 wurde für jeden Baum ein entsprechend nummeriertes witterungsbeständiges Etikett vorbereitet. Dieses wurde an einem Ast des Baumes befestigt. Während der Ernte notierte der Betriebsinhaber die Zahl der gefüllten Kisten auf diesem Etikett und reichte nach Beendigung aller Erntearbeiten sämtliche Etiketten an das Statistische Landesamt ein. Dieses Verfahren wurde 1966 aufgegeben und stattdessen für jede Stichprobenfläche ein "Pflückbuch" angelegt, in das die Betriebsinhaber die Erträge (in kg) der einzelnen Stichprobenbäume eintragen. Die Pflückbücher sind für mehrere Jahre angelegt.

Die Durchschnittserträge der Erntemessungen sind denen der Berichterstatterschätzungen bei Äpfeln im Erwerbsobstbau nicht direkt vergleichbar, da sich die Erntemessungen auf alle Altersstufen, d. h. einschließlich der noch nicht voll ertragfähigen Anlagen erstrecken,

KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH 1968

für die schleswig-holsteinischen Gemeinden

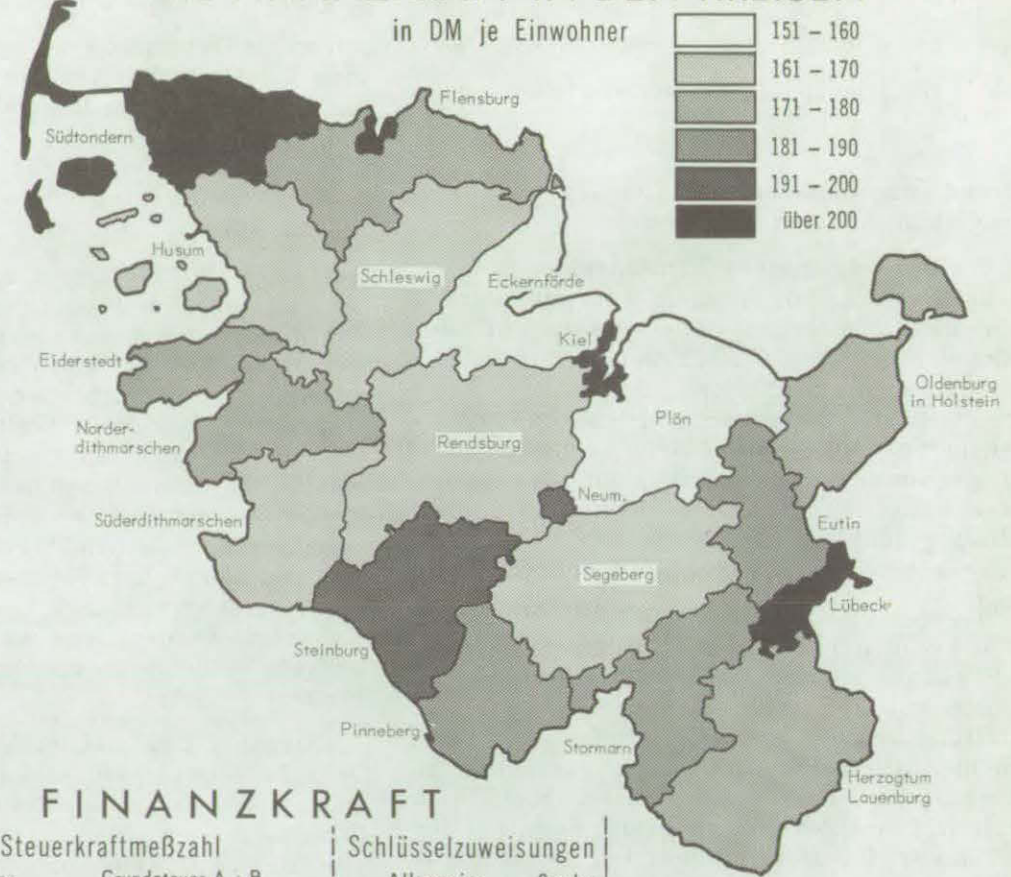
FINANZKRAFT



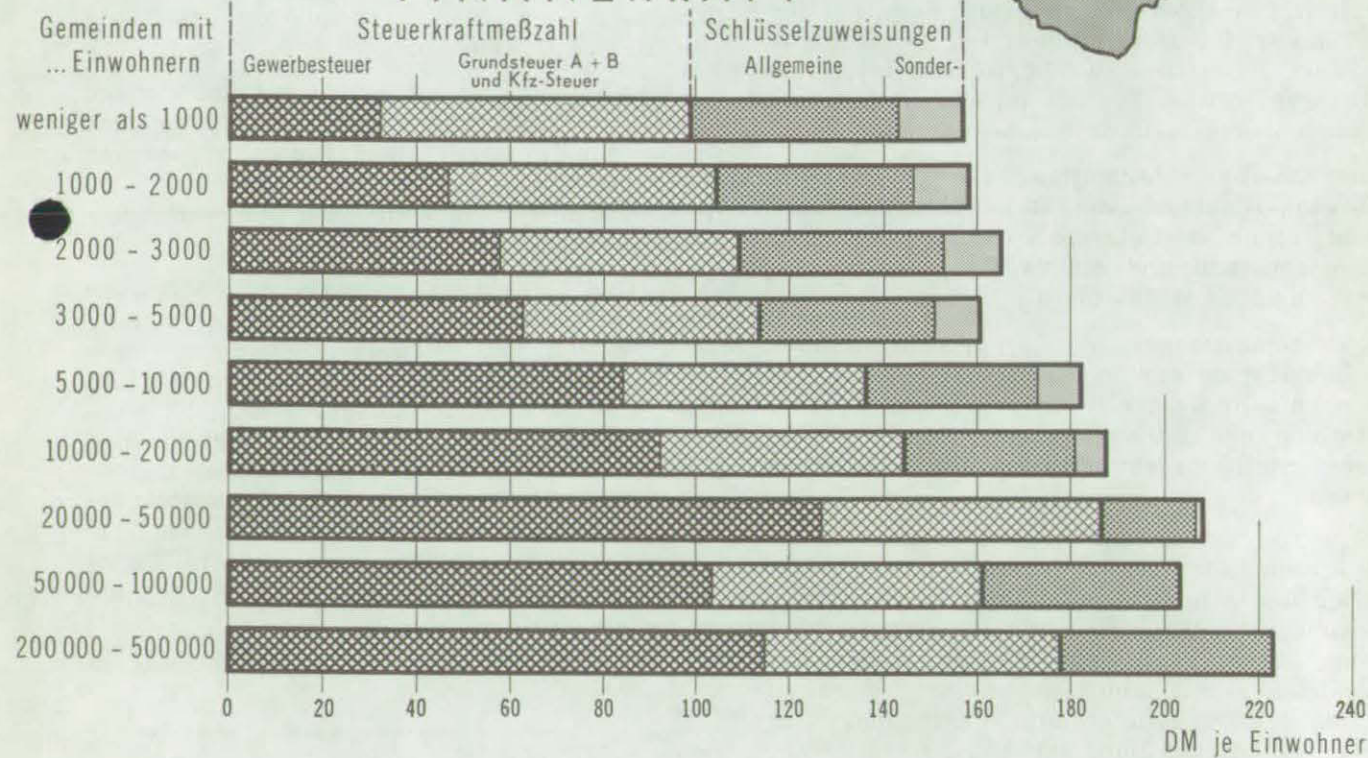
Die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinden ist Ausgangspunkt für den kommunalen Finanzausgleich. Sie ergibt sich aus dem Aufkommen an Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sowie Kraftfahrzeugsteuer. Da die Vergleichbarkeit bei der Grund- und Gewerbesteuer durch unterschiedliche Hebesätze gestört ist, werden die Meßbeträge zugrunde gelegt und diese mit einem landeseinheitlichen Hebesatz multipliziert. Von der Kfz.-Steuer werden 60% des jeweiligen örtlichen Aufkommens einbezogen.

Der Finanzausgleich soll mit Hilfe der Schlüsselzuweisungen dafür sorgen, daß die großen Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden abgeschwächt werden und ihre Finanzkraft gestärkt wird. Die Ausgabebelastung wird dabei jedoch berücksichtigt. Die Schlüsselzuweisungen werden einer Gemeinde nur gezahlt, wenn ihre Steuerkraft kleiner als ihre durchschnittliche Ausgabebelastung (Ausgangsmeßzahl) ist. Diese Ausgangsmeßzahl setzt sich zusammen aus dem sog. Hauptansatz, der die Einwohnerzahl nach der Größenklasse gewichtet, dem Grenzlandansatz, dem Zonengrenzansatz und dem Bäderansatz.

DIE FINANZKRAFT IN DEN KREISEN



FINANZKRAFT



Ergebnisse der Erntemessungen bei Äpfeln im Standort I A
(Reine Apfelanlagen des intensiven Erwerbsobstbaus)

Jahr	Zahl der ausge- werteten Stich- proben- flächen	Gemessener Ertrag		Ernte		Messung in % der Schät- zung
		dz/ha	einf. Standard- fehler %	nach Ernte- messung dz	nach Schät- zung dz	
1965	85	155,70	7,91	328 216	302 302	109
1966	85	160,53	5,85	338 334	319 410	106
1967	86	168,14	6,44	354 355	346 983	102

während die Schätzungen sich nur auf voll ertragfähige Anlagen beziehen.

Bei der Berechnung der Erntemengen mit den Erträgen nach den Erntemessungen werden daher die Junganlagen flächenmäßig voll mit berücksichtigt. Bei der Ernteberechnung mit den Erträgen nach den Schätzungen der Berichtersteller dagegen werden die Junganlagen nur mit 10% ihrer Fläche berücksichtigt, da angenommen werden kann, daß eine Apfelanlage während der ersten sechs Jahre nach Pflanzung durchschnittlich etwa 10% des Ertrages einer voll ertragfähigen Apfelanlage bringt.

Wie die vorstehende Übersicht zeigt, weichen die Ergebnisse nur unwesentlich voneinander ab. Die guten Ergebnisse der Ernteberichterstattung bei Äpfeln im Erwerbsanbau dürften auch hier als Folge günstiger Organisation zu werten sein. Seit Jahren wird hier eine spezielle Berichterstattung praktiziert, bei der nicht mehr für Berichtsbezirke, sondern für einzelne Betriebe zu berichten ist. Die Meldungen werden in dem im Erwerbsobstbau üblichen Maßstab, in dz/ha, angegeben.

In der Obstberichterstattung wurden daher in Schleswig-Holstein zwei Berichtskreise aufgebaut, einer für Betriebsberichterstattung im Erwerbsobstbau und ein zweiter für Berichterstattung über Haus- und Kleingärten.

Die Erntemessungen bei Äpfeln bringen über die Bestätigung der Schätzungsergebnisse hinaus noch sehr wertvolle Hinweise über Sortenverteilung und Sortenerträge, die jedoch an dieser Stelle nicht veröffentlicht werden können.

1967 wurde im Rahmen der Erntemessungen bei Äpfeln der Versuch unternommen, die Inhaber der Stichprobenflächen für die Stichprobenbäume Erträge vorausschätzen zu lassen. Zum Vergleich standen dabei die Pflückbücher mit den gemessenen Erträgen der beiden Vorjahre zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Baumschätzung waren nicht

zutreffend, wie sich anhand der späteren Messungen zeigte. Offensichtlich haben sich die Betriebsinhaber durch die geringere Zahl von Früchten irritieren lassen. Die geringere Fruchtzahl wurde, wie sich später herausstellte, durch größeres Fruchtgewicht ausgeglichen. Die Flächenvorschätzungen zum gleichen Zeitpunkt lagen dem endgültigen Ergebnis wesentlich näher.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich sämtliche der bei den objektiven Ertragsmessungen verwendeten Verfahren bewährt haben, die modifizierten Verfahren bei Rüben, Kopfkohl und Äpfeln ebenso wie die seit Jahren praktizierten Verfahren bei Getreide und Kartoffeln.

Bei den seit 1965 neu eingeführten Verfahren hat sich die Verwendung von Losstreifen auf den Erkennungsnachweisen zur Bestimmung der Meßreihen als sehr vorteilhaft erwiesen, insbesondere im Interesse der Einhaltung einer strengen Zufälligkeit. Weiterhin erscheint es als Vorteil, daß die Methoden so aufgebaut sind, daß der Ausführende während der Messungen auf dem Feld noch nicht übersehen kann, wie hoch der Hektarertrag sein wird, der sich aus den Meßergebnissen errechnet. Damit ist die Gefahr verringert, daß Meßstellen ausgetauscht werden, was zumeist zu systematischen Fehlern in positiver Richtung führen dürfte.

Die Organisation hat sich ebenfalls bewährt. Der Einsatz einer kleineren Zahl intensiv geschulter Sonderberichtersteller ist dem Einsatz einer großen Zahl von Berichterstellern vorzuziehen.

Die Ergebnisse sind zutreffend und ausreichend statistisch gesichert. Eine Erhöhung der Probezahlen erscheint derzeit nicht angebracht und nicht notwendig. Vorerst müßten die Ertragsmessungen auf weitere wichtige Fruchtarten ausgedehnt werden.

Es erscheint dringend erforderlich, die Ergebnisse der Messungen für die amtlichen Ernteberechnungen zu verwenden (Gesetz über Bodennutzungs- und Erntestatistik vom 23. Juni 1964, § 14 (2)). Zwar müssen einige der bisher verwendeten Maßstäbe und Zahlenreihen abgelöst oder revidiert werden. Dafür können aber wirklichkeitsgetreuere Zahlen verwendet werden. In diesem Zusammenhang sei ein Ausspruch eines Fachmannes zitiert: "Es ist nahezu ein statistisches Axiom, daß keine Zahl jemals endgültig ist".⁶

Dr. Dieter Mohr / Dr. Matthias Sievers

6) Moore, G., Accuracy of Government Statistics, Harvard Business Review, Bd. 25 (1947), S. 314

Zur Viehwirtschaft 1967

Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Viehwirtschaft im Jahre 1967 läßt sich mit kurzen Worten wie folgt umreißen: Bei abnehmender Zahl der Halter aller Tierarten wurden 1967 lediglich die Schweinebestände nennenswert aufgestockt. Die Rindviehbestände nahmen dagegen nur wenig zu, die Schaf- und Pferdebestände gingen weiter zurück und auch die Hühnerbestände waren im Dezember 1967 kleiner als vor Jahresfrist.

Weiter gestiegen sind die Milcherzeugung sowie die Schlachtungen inländischer Rinder, Schweine und Jungmasthühner.

Rinderbestände

Im Dezember 1967 gab es in Schleswig-Holstein 41 000 Rinderhalter (42 000 im Juni 1967). Seit dem vorjährigen Dezember schieden rund 1 000, seit 1960 fast 9 000 Haltungen aus.

Die Gesamtzahl an Rindern lag im Juni etwas unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis, im Dezember etwas höher. Der mehrjährige Durchschnitt wurde in beiden Zählungen um 6% übertroffen.

Rinderhalter und Rindviehbestände

	1967 in 1 000	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961 - 66 in %
Juni			
Rinderhalter	42	- 4	- 10
Rindvieh insgesamt	500	- 0	+ 6
darunter Milchkühe	501	- 0	+ 6
Dezember			
Rinderhalter	41	- 2	- 9
Rindvieh insgesamt	395	+ 0	+ 6
darunter Milchkühe	513	+ 0	+ 6

Die Milchkuhbestände lagen im Juni knapp unter dem Vorjahresergebnis, im Dezember um 2 000 Stück darüber. Darin könnte eine schwache Bestätigung der Tendenz zunehmender Herbstkalbungen zu erblicken sein. Zusammen mit den sowohl im Juni wie auch im Dezember leicht erhöhten Färsenbeständen dürfte die langfristige langsame Aufwärtsentwicklung der Milchkuhbestände auch im Jahre 1968 noch nicht beendet sein. Erneut standen Zunahmen im Westen des Landes Abnahmen in den östlichen Landesteilen gegenüber. Die im Dezember 1967 leicht rückläufige Zahl an männlichem Jungvieh, insbesondere des 3

Monate bis 1 Jahr alten, dürfte mit den Umstellungen der Kalbetermine zusammenhängen.

Schafbestände

Die Zahl der Schafhalter hat sich weiter auf 4 800 im Dezember 1967 vermindert. Schafe wurden im Juni nur noch 155 000, im Dezember knapp 101 000 gezählt, 3% bzw. 2% weniger als bei der entsprechenden Vorjahreszählung.

Schafhalter und Schafbestände

	1967 in 1 000	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961 - 66 in %
Juni			
Schafhalter	5	- 1	- 15
Schafe insgesamt	155	- 3	- 9
Dezember			
Schafhalter	5	- 2	- 10
Schafe insgesamt	101	- 2	- 7

Schweinebestände

Die Zahl der Schweinehaltungen nahm weiter ab; in allen vier Zählungen 1967 wurden 3 bis 5% weniger Halter als 1966 und 20% weniger Halter als im mehrjährigen Durchschnitt nachgewiesen.

Dagegen wurden, wie bereits 1966 erwartet, die Schweinebestände 1967 erheblich aufgestockt. Die Bestände an Läufern und Mastschweinen waren im März 7%, im Juni 10%, im

Schweinehalter und Schweinebestände

	1967 in 1 000			
	März	Juni	Sept.	Dez.
Schweinehalter	49	54	60	57
Schweine insgesamt	1 661	1 731	1 831	1 752
darunter Jung- und Mastschweine	983	1 019	1 085	1 045
Zuchtsauen	175	188	189	180
Veränderung in % gegenüber 1966				
Schweinehalter	- 5	- 3	- 3	- 5
Schweine insgesamt	+ 1	+ 3	+ 4	+ 4
darunter Jung- und Mastschweine	+ 1	+ 3	+ 1	+ 3
Zuchtsauen	+ 3	+ 10	+ 8	+ 7
Veränderung in % gegenüber Durchschnitt 1961 - 1966				
Schweinehalter	- 20	- 20	- 20	- 20
Schweine insgesamt	+ 4	+ 6	+ 4	+ 5
darunter Jung- und Mastschweine	+ 7	+ 10	+ 5	+ 7
Zuchtsauen	+ 2	+ 6	+ 5	+ 6

September 5% und im Dezember 1967 7% größer als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Zählungen zum gleichen Termin.

Ein Tendenzumschwung in der Schweinebestandsentwicklung ist aus den Bestandszahlen der trächtigen und nichtträchtigen Zuchtsauen bis zum Dezember nicht abzuleiten. Es bleiben die Ergebnisse der Zählung im März 1968 abzuwarten.

Pferdebestände

Während die Zahl der Pferdehalter um 13% gegenüber dem Vorjahr und um 50% gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt zurückging, hat die Zahl der Pferde nur noch um 5% gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Die Jungpferde- und Fohlenbestände haben sich sogar leicht erhöht, wenngleich die absoluten Zahlen hier nur noch recht klein sind. Insgesamt wurden im Dezember 1967 in Schleswig-Holstein knapp 6 700 Haltungen mit 16 000 Pferden gezählt.

Pferdehalter und Pferdebestände im Dezember

	1967	Veränderung gegenüber	
	in 1 000	1966	D 1961-66
		in %	
Pferdehalter	7	- 13	- 50
Pferde insgesamt	16	- 5	- 36
davon 3- und mehrjährige	11	- 9	- 46
1- bis 3jährige	3	+ 15	+ 19
unter 1 Jahr alte (Fohlen)	2	0	+ 10

Ziegenbestände

Weiter eingeschränkt wurde die Ziegenhaltung. Im Dezember 1967 gab es noch 470 Ziegenhalter mit wenig mehr als 800 Ziegen.

Hühnerbestände

Die Zahl der Hühnerhalter nahm um weitere 6% auf nunmehr 93 200 ab. Auch die Hühnerbestände blieben mit 5 Millionen Tieren um 4% unter den Vorjahreszahlen. Vermindert wurden vor allem die Masthühnerbestände (- 18%) und die Bestände an Küken und Junghennen zur Aufzucht als Legehennen.

Bei den übrigen Geflügelarten ist die Zunahme der Truthühnerbestände bemerkenswert.

Brütereien

1967 wurden in den schleswig-holsteinischen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 2,56 Mill. Hennenküken,

Hühnerhalter und Hühnerbestände im Dezember

	1967	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961-66
	in 1 000	in %	
Hühnerhalter	93	- 6	- 22
Hühner insgesamt	5 035	- 4	+ 8
darunter			
Legehennen 1 Jahr alt und älter	1 846	+ 4	+ 8
Legehennen ½ bis 1 Jahr alt	1 744	- 4	- 9
Küken und Junghennen			
zur Eierzeugung	594	- 9	+ 9
Masthühner	782	- 18	+ 87

die zur Aufzucht als Legehennen bestimmt waren, erzeugt. Das sind 3% mehr als im Vorjahr, jedoch 13% weniger als im Jahre 1965. Dabei schlüpften in den letzten Monaten des Jahres 1967 im Vergleich zu den drei Vorjahren wesentlich weniger Legehennenküken. Grund für den rückläufigen Trend in der Aufzucht von Legehennen dürften die niedrigen Eierpreise im Jahre 1967, besonders zum Jahresende, sein.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Schlupfergebnissen an Masthühnerküken zu erkennen. Zwar wurden im Jahre 1967 insgesamt mit 5,9 Mill. Stück noch 12% mehr Küken erzeugt als im Vorjahr, diese Mehrererzeugung entfällt jedoch allein auf die erste Jahreshälfte. In den Monaten Juli bis Dezember 1967 schlüpften dagegen wesentlich weniger Masthühnerküken als in den gleichen Monaten 1966 (vgl. auch die geringeren Masthühnerbestände nach der Viehzählung im Dezember 1967).

Bruteinlagen und Schlupfergebnis in Brütereien mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern im Jahr

	1965	1966	1967	Veränderung 1967 gegenüber 1966 in %
	in 1 000			
Eiereinlagen				
Legehennen	6 271	5 918	6 300	+ 6
Masthühner	4 834	6 862	7 264	+ 6
Schlupfergebnis				
Lohnbrut und unsortiert	141	198	109	- 45
Hennenküken für Legezwecke	2 929	2 477	2 558	+ 3
Hühnerküken für Mastzwecke	3 973	5 264	5 904	+ 12

Geflügelschlachtungen

Dem höheren Schlupf an Küken entsprechend wurden 1967 auch mehr Jungmasthühner geschlachtet. Mit 5 800 t Fleisch wurden die Vorjahresmenge um 33%, das Ergebnis von 1965 um 97% überschritten. Den reduzierten

Eiereinlagen folgend gingen die Schlachtmengen in den letzten beiden Monaten 1967 jedoch bereits wieder zurück.

Suppenhühner wurden 9% mehr geschlachtet als im Vorjahr. Die relativ höchsten Zunahmen sind jedoch bei den Truthühnerschlachtungen festzustellen. Mit 808 t stieg der Fleischanfall aus Truthühnerschlachtungen gegenüber dem Vorjahr um 86%. 1967 lieferten damit die Truthühner mehr Fleisch als die Suppenhühner, zumindest in den hier erfaßten Schlachtereien.

Geschlachtetes Geflügel inländischer Herkunft
in Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität
von 2 000 und mehr Tieren

Geflügelart	1965	1966	1967	Veränderung 1967 gegenüber 1966 in %
	t			
Suppenhühner	630	634	692	+ 9
Jungmasthühner	2 936	4 357	5 778	+ 33
Truthühner	23	435	808	+ 86

Milcherzeugung und -verwendung

Die Milcherzeugung erreichte im Jahre 1967 einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 2,14 Mill. t Milch erzeugt, davon wurden gut 1,93 Mill. t (90%) an Meiereien und Händler geliefert und 86 000 t (4%) verfüttert. Die restlichen 6% wurden von den Milchkuhaltern selbst verbraucht oder als Deputat-, Vorzugsmilch u. ä. abgegeben.

Da sich die Zahl der Kühe im Jahre 1967 kaum noch verändert hat, ist die 1%ige Mehrerzeugung an Milch auf höhere Einzelleistungen zurückzuführen. Mit der Kuhzahl vom Dezember des Vorjahres errechnet sich für 1967 eine Durchschnittsleistung von knapp 4 190 kg je Kuh und Jahr. Wenn man berücksichtigt, daß der Spitzenwert von 4 220 kg je Kuh und Jahr, der sich für 1965 errechnete, durch die Berechnungsmethode überhöht war, haben sich die Durchschnittsleistungen der schleswig-

Milcherzeugung und -verwendung

	1967	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961-66 in %
Milchkühe ¹	1000 Stück	511	+ 7 + 7
Durchschnittliche Jahresmilchleistung	kg/Kuh	4 188	+ 0 + 2
Milcherzeugung	1 000 t	2 139	+ 1 +10
darunter an Meiereien und Händler geliefert	1 000 t	1 933	+ 1 +11

1) nach der Dezemberzählung des Vorjahres

holsteinischen Milchkühe in den letzten drei Jahren nur wenig verändert.

Die höchsten Durchschnittsleistungen wurden in den Kreisen Eutin/Lübeck, Segeberg, Eckernförde und Oldenburg erzielt, unter 4 000 kg lagen die Durchschnittsleistungen nur noch in den Kreisen Süderdithmarschen, Norderdithmarschen und Hztg. Lauenburg.

Großviehschlachtungen

1967 wurden in Schleswig-Holstein 341 000 Rinder inländischer Herkunft gewerblich geschlachtet, das sind 5% mehr als im Vorjahr und 27% mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Dabei können die Veränderungen in den Schlachtungen nicht unmittelbar mit der Bestandsentwicklung in Beziehung gesetzt werden, da der übergebietliche Versand an Lebendvieh nicht genau zu ermitteln ist.

Die Zahl der Kälberschlachtungen veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum und blieb damit unterdurchschnittlich.

Einen neuen Rekord erreichten die gewerblichen Schweineschlachtungen mit 1,87 Mill. Tieren inländischer Herkunft. Diese folgen damit den höheren Beständen. Außerdem ist anzunehmen, daß der Anteil lebend versandter Schweine abnimmt und auch dadurch mehr Tiere im Lande geschlachtet werden.

Bei den Schweinen führte das reichliche Angebot und niedrige Preise außerdem zu vermehrten Hausschlachtungen.

Schlachtungen von Großvieh inländischer Herkunft

	1967 in 1000	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961-66 in %
Gewerbliche Schlachtungen			
Insgesamt	2 282,4	+ 6	+ 24
darunter Rinder	341,0	+ 5	+ 27
Kälber	45,2	+ 0	- 7
Schweine	1 870,8	+ 6	+ 25
Hausschlachtungen			
Insgesamt	140,9	+ 3	- 6
darunter Rinder	8,0	- 8	+ 10
Schweine	129,1	+ 4	- 7

Die Schlachtungen von Rindern und Schweinen ausländischer Herkunft gingen 1967 nochmals erheblich zurück. Es wurden nur noch 66 000 Rinder, das sind 58% weniger als im Vorjahr und 66% weniger als im mehrjährigen Durchschnitt, und 134 000 Schweine, 24% weniger als 1966 und 41% weniger als im mehrjährigen Durchschnitt, geschlachtet.

Schlachtungen von Großvieh ausländischer Herkunft

	1967 In 1 000	Veränderung gegenüber	
		1966	D 1961-66 In %
Rinder			
Insgesamt	66,0	- 58	- 66
darunter Dänemark	56,3	- 55	- 67
Polen	0,2	- 98	- 97
Schweine			
Insgesamt	134,4	- 24	- 47
darunter Dänemark	134,4	- 27	- 2

Dabei mußte Dänemark zwar absolut seine Lieferungen gegenüber dem Vorjahr reduzieren, konnte aber bei Schweinen seinen Anteil auf 100% der ausländischen Lieferungen ausbauen und in der Menge etwa den Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre erreichen.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Viehbestände 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 138 (Juni) und "Viehbestand am 4. Dezember 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 31 (Januar)

Ausgaben für öffentliche Schulen 1966

Aufgaben- und Lastenverteilung

Das gesamte Schulwesen unterliegt nach Artikel 7 GG der Aufsicht des Staates. Die Schulen sind in der Regel öffentlich. Die Errichtung von privaten Schulen ist zwar zulässig, bedarf aber bestimmter Voraussetzungen. Das Aufsichtswesen sowie die Aufteilung der Aufgaben und Lasten ist Ländersache. Sie werden in den einzelnen Ländern durch Landesgesetze geregelt. In Schleswig-Holstein ist dafür vor allem das Gesetz über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen (SchUVG i. d. F. vom 14.12.1965) maßgebend. Danach übt das Land die Aufsicht darüber aus, daß die Schulträger ihre Aufgaben im Einklang mit den Gesetzen erfüllen, und bestimmt die inneren Schulangelegenheiten.

Die Trägerschaft bei den einzelnen Schularten ist unterschiedlich geregelt. Die Gemeinden sind Träger der Volks- und Sonderschulen sowie in der Regel der Realschulen. Träger der Gymnasien sind ebenfalls die Gemeinden, die Kreise oder das Land können jedoch an ihre Stelle treten. Träger der Berufsschulen sind dagegen nur die Kreise oder die kreisfreien Städte und die Berufsfach- und Fachschulen werden entweder von den Kreisen, kreisfreien Städten oder dem Land getragen.

Zur Schulunterhaltung steuern alle Gebietskörperschaften Mittel bei. Die sächlichen Kosten für die Errichtung und Unterhaltung der Schulen müssen die Schulträger aufbringen, für die Volksschulen z. B. also die Gemeinden. Der Kultusminister schreibt hierfür bestimmte Mindestanforderungen vor. Ist ein Kreis Träger einer Realschule oder

eines Gymnasiums, so kann er den Zuschußbedarf für die laufende Unterhaltung auf dem Umlagewege bei den Gemeinden erheben. Die kommunalen Schulträger sind darüber hinaus verpflichtet, für ihre Schulen Erneuerungs- und Erweiterungsrücklagen zu bilden. Bei Neubauten erhalten die Gemeinden von ihren Kreisen und vom Land Zuschüsse und Darlehen. Das Land fördert dabei besonders den Bau von Dörfergemeinschaftsschulen.

Die Personalkosten für die Lehrer trägt das Land. Eine Ausnahme bildet die Besoldung der Lehrer der städtischen Gymnasien, Berufsfach- und Fachschulen in den beiden kreisfreien Städten Kiel und Lübeck, die diese selbst aufbringen. Dies wird beim Schulbeitrag berücksichtigt. Die Gemeinden und Kreise müssen nämlich zu den Personalkosten des Landes einen Beitrag leisten, der sich aus den anteiligen Personalkosten und ihrer Finanzkraft bemißt. Der Schulbeitrag beläuft sich für die kreisangehörigen Gemeinden auf 10% der Personalkosten aller allgemeinbildenden Schulen in den Kreisen, für die Kreise auf 10% aller berufsbildenden Schulen in den Kreisen, für die kreisfreien Städte unter 150 000 Einwohner auf 15% der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Stadt und für die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck auf 10% aller Volks-, Real- und Berufsschulen in diesen Städten. Darüber hinaus haben die Gemeinden, in deren Gebiet das Land der Träger einer allgemeinbildenden Schule ist, einen Beitrag zu entrichten, ebenso die Kreise und kreisfreien Städte, wenn das Land in ihrem Gebiet eine Berufsfach- oder Fachschule unterhält, wobei die Gymnasien in den kreisfreien Städten über

150 000 Einwohner und die Ingenieur- und Seefahrtsschulen ausgenommen sind. Für Schüler, die in einem anderen Ort oder Kreis zur Schule gehen als sie wohnen, erhält die aufnehmende Gemeinde Zuschüsse, und zwar von der entsendenden Gemeinde (Gastschulbeitrag) und unter bestimmten Voraussetzungen auch vom Land.

Die Ausgaben, die durch die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie Erziehungsbeihilfen entstehen, tragen die jeweiligen Schulträger. Die Schulträger haben dafür jährlich bestimmte Mittel bereitzustellen, deren Höhe sich nach der Zahl der Schüler und dem vom Kultusminister festgesetzten DM-je-Schüler-Betrag richtet. Der jährliche DM-je-Schüler-Betrag für Lernmittel steigt von 10 DM für das 1. Volksschuljahr bis auf 52 DM für Oberprimaner. Die Lernmittelfreiheit hat das Land und die Gemeinden und Gemeindeverbände für die allgemeinbildenden Schulen 1964 fast 6 Mill. DM gekostet.

Fast ein Fünftel aller Ausgaben werden für das Unterrichtswesen aufgewendet

Da das Unterrichtswesen ausschließlich eine Angelegenheit der Länder und seiner Gemeinden ist, nimmt es auch in den öffentlichen Haushalten einen großen Raum ein. Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden und Gemeindeverbände gaben im Jahre 1966 beinahe 627 Mill. DM für das Unterrichtswesen aus. Das sind 18% aller unmittelbaren Ausgaben des Staates und der Kommunen. Fünf Jahre zuvor machte der Anteil nicht ganz soviel, nämlich 16,5% aus. Die Ausgaben für das Unterrichtswesen sind also kräftiger gestiegen als die gesamten unmittelbaren Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Während sich die Ausgaben für das Unterrichtswesen von 1961 bis 1966 um fast zwei Drittel erhöhten, wuchs das Gesamtvolumen nur um die Hälfte.

Das Gewicht der beiden Bestandteile der unmittelbaren Ausgaben, der Verwaltungs- und Zweckausgaben und der Ausgaben der Vermögensbewegung hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre nur geringfügig verschoben. Die Verwaltungs- und Zweckausgaben weisen eine Zuwachsrate von beinahe zwei Dritteln auf und stellen 1966 mit 475 Mill. DM gut drei Viertel der unmittelbaren Ausgaben, und die Ausgaben der Vermögensbewegung sind um reichlich sieben Zehntel gewachsen und stellen mit 152 Mill. DM knapp ein Viertel. Innerhalb der Verwaltungs- und Zweckausgaben hat es jedoch einige bemerkenswerte Verlagerungen gegeben. Unter den Personalausgaben, die annähernd zwei Drittel der unmittelbaren Ausgaben für den Bereich Unterricht aus-

machen, ist der Anteil der Beamtenbezüge zwischen 1961 und 1966 von 67% auf 59% zurückgegangen und dafür der Anteil der Versorgung von 21% auf 26% und der der Angestelltenvergütungen von 7% auf 9% gestiegen. Es sind also zwei Strömungen erkennbar. Die Aufwendungen für die Beamten sind insgesamt trotz einer Verdoppelung der Versorgungsleistungen unterdurchschnittlich gestiegen und die Angestelltenvergütungen überdurchschnittlich. Das ist vor allem auf den verstärkten Einsatz von pensionierten Beamten und Frauen im Angestelltenverhältnis zurückzuführen. Unter den Personalausgaben ist noch die Verdoppelung der sonstigen Personalausgaben, die hauptsächlich Beihilfen betreffen, auffallend. Von den gewichtigeren Verwaltungs- und Zweckausgaben haben sich die Zuweisungen an Zweckverbände ebenfalls mehr als verdoppelt. Es handelt sich hierbei um Zahlungen an Schulverbände, deren Zahl sich beträchtlich erhöht hat, und an die Minderheitsschulen.

Die Struktur der Ausgaben der Vermögensbewegung ist nahezu unverändert geblieben. Die Bauinvestitionen beanspruchen nach wie vor die meisten Mittel dieser Ausgabenart. Sowohl 1961 als auch 1966 belief sich ihr Anteil auf 14% der unmittelbaren Ausgaben. Mit 88 Mill. DM wurden 1966 gut sechs Zehntel mehr aufgewendet als 1961. Diese Zuwachsrate überrascht etwas, da sie die gleiche

Ausgaben für das Unterrichtswesen in Schleswig-Holstein

Ausgabeart	1961	1966		
	Mill. DM	Anteil in %	Zunahme in %	
Verwaltungs- und Zweckausgaben	290,4	474,8	76	64
Personalausgaben	245,6	396,0	63	61
darunter				
Beamtenbezüge	165,0	232,4	37	41
Angestelltenvergütungen	17,3	37,3	6	116
Versorgung	50,4	101,2	16	101
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen	7,4	9,4	1	26
Zuweisungen an Zweckverbände u. a.	7,4	17,4	3	136
Zinsen	5,4	9,3	1	73
Übrige Ausgaben	24,6	42,7	7	73
Ausgaben der Vermögensbewegung	88,8	152,0	24	71
darunter				
Bauinvestitionen	54,0	87,6	14	62
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	7,9	13,0	2	64
Zuführungen an Rücklagen	16,1	29,8	5	85
Tilgung	9,4	13,5	2	44
Unmittelbare Ausgaben	379,2	626,8	100	65
Land	227,6	365,9	58	61
Gemeinden und Gemeindeverbände	151,7	260,9	42	72
Nettoaussgaben	366,8	613,2	100	67
Land	220,6	358,2	58	62
Gemeinden und Gemeindeverbände	146,1	255,0	42	74

Höhe wie die der Personalausgaben hat. Die lebhafte Bautätigkeit auf dem Schulsektor hatte eine höhere Zuwachsrate erwarten lassen, zumindest aber eine, die über der der Personalausgaben lag. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich die Zahl der Lehrer erhöht hat und die Gehälter gerade während dieser Zeit durch Besoldungsneuregelungen und Gehaltserhöhungen kräftig gestiegen sind.

Von den unmittelbaren Ausgaben des Aufgabenbereichs Unterricht trug das Land 1966 knapp 366 Mill. DM und die Gemeinden und Gemeindeverbände 261 Mill. DM. Das Land bestritt damit 58% der Lasten und die Kommunen 42%. Im Jahre 1961 lautete das Verhältnis 60 zu 40%. Die Gemeinden und Gemeindeverbände bringen also heute mehr für das Unterrichtswesen auf als fünf Jahre zuvor. Diese leichte, aber doch bemerkbare Verschiebung der Lastenverteilung ist nicht erst 1966 eingetreten, sondern setzt sich seit 1962 beinahe kontinuierlich fort. Sie ist in der Hauptsache durch den gesteigerten Investitionsanteil der Gemeinden eingetreten. Überraschenderweise lautet das Verhältnis bei den Nettoausgaben ebenfalls 58 zu 42% und entwickelte sich ebenfalls aus der Relation 60 zu 40% im Jahre 1961. In den dazwischenliegenden Jahren ist ebenfalls eine fast kontinuierliche Entwicklung erkennbar, die zwar leichte Schwankungen aufweist, aber eindeutig in die Richtung eines höheren Anteils der Gemeinden weist. Das bedeutet einerseits, daß die Gemeinden relativ mehr eigene Mittel für den Unterricht aufbringen als fünf Jahre zuvor, und andererseits, daß sich der Zahlungsverkehr zwischen Land und Gemeinden insgesamt nahezu ausgleicht. Die Zuweisungen, die die Gemeinden vom Land in Form von Investitionszuschüssen erhalten, müssen sie im Gegenzug an das Land in Form von Schulbeiträgen abführen.

Eine geldmäßige Verflechtung über die Landesgrenzen hinaus, wie sie beispielsweise im Bereich Landwirtschaft durch den Grünen Plan besteht, ist im Bereich Unterricht nur geringfügig vorhanden. So beteiligt sich die Hansestadt Hamburg an Schulbaumaßnahmen im Hamburger Randgebiet (1966: 0,9 Mill. DM) und der Bund unterstützt den Turnhallen- und Schulbau im Landesteil Schleswig und im Zonenrandgebiet (1966: 5,6 Mill. DM).

Die Einnahmen des Aufgabenbereichs sind selbstverständlich sehr gering. Im Jahre 1966 wurden nur 14% der unmittelbaren Ausgaben durch unmittelbare Einnahmen, also Gebühren, Schuldenaufnahmen, Entnahmen aus Rücklagen u. ä., gedeckt. Die Ausgaben für das Unterrichtswesen werden daher hauptsächlich durch Steuereinnahmen finanziert.

Schleswig-Holstein schneidet günstig ab

Bei einem Vergleich mit anderen Bundesländern schneidet Schleswig-Holstein recht günstig ab. Schleswig-Holstein hat 1965 13% seiner unmittelbaren Ausgaben für den Bereich Unterricht ausgegeben. Das entspricht genau dem Durchschnitt aller Länder. Mit seinem DM-je-Einwohner-Betrag erreicht Schleswig-Holstein allerdings den Bundesdurchschnitt nicht ganz. Die Abweichung ist jedoch nicht so hoch wie sonst üblich. Alle Länder wendeten 1965 im Durchschnitt 184 DM je Einwohner auf und Schleswig-Holstein 182 DM. Das ist nur 1% unter dem Durchschnitt. Wenn man bedenkt, daß die Steuerkraft des Landes und der Kommunen um 28% unter dem Bundesdurchschnitt liegt, ein beachtlicher Anteil. In der Zusammensetzung der unmittelbaren Ausgaben des Bereichs Unterricht ergeben sich jedoch wesentliche Unterschiede. Während im Bundesdurchschnitt 100 DM je Einwohner für Personalausgaben ausgegeben wurden, sind es in Schleswig-Holstein 114 DM gewesen. Auf der anderen Seite schüttet Schleswig-Holstein nur 34 DM für Bauinvestitionen aus gegenüber 49 DM im Bundesdurchschnitt. Schleswig-Holstein weist damit unter den Flächenländern die höchste Personalausgabenrate und die niedrigste Investitionsrate aus. Die hohen Personalausgaben sind auf die andersartige Lehrerstruktur in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Es gibt nämlich in Schleswig-Holstein relativ mehr Realschullehrer und Lehrer an Gymnasien als Volksschullehrer. Bei den unmittelbaren Ausgaben für die einzelnen Schularten bewegt sich Schleswig-Holstein, wie bei den gesamten unmittelbaren Ausgaben für das Unterrichtswesen, in der Nähe des Bundesdurchschnitts. Nur die Realschulen machen eine Ausnahme. Hier hat sich Schleswig-Holstein besonders angestrengt und nimmt mit 20 DM je Einwohner gegenüber 13 DM im Durchschnitt bei weitem die Spitze ein. Diese Anstrengung erweist sich jedoch nicht als besonders hohe Aufwendung, sondern als Folge einer besonders hohen Schülerzahl. In Schleswig-Holstein entfielen nämlich 1965 auf 10 000 Einwohner 150 Realschüler, während es im Bundesgebiet nur 84 gewesen sind. Folglich ergibt sich bei den DM-je-Schüler-Beträgen eine völlig andere Relation. In den Flächenländern wurden 1965 im Durchschnitt 1 581 DM für einen Realschüler ausgegeben und in Schleswig-Holstein 1 349 DM, also 15% weniger. Demgegenüber wird der DM-je-Schüler-Betrag des Bundesgebiets bei den Volks- und Sonderschulen einschließlich Aufbauzüge leicht übertroffen (1 068 : 1 053 DM) und bei den Gymnasien unterschritten (2 277 : 2 342 DM).

Ausgaben für das Unterrichtswesen 1965 nach Ländern

Land	Unmittelbare Ausgaben			darunter			
	Insgesamt	Personal- ausgaben	Bau- Investitionen	Volksschulen	Realschulen	Gymnasien	Berufsbildende Schulen
				DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	182	114	34	101	20	33	27
Niedersachsen	191	108	44	111	19	29	24
Nordrhein-Westfalen	186	96	52	98	16	36	33
Hessen	182	105	43	96	12	40	31
Rheinland-Pfalz	177	92	56	105	8	36	26
Baden-Württemberg	206	98	76	125	9	34	35
Bayern	167	93	41	101	11	28	25
Saarland	181	108	47	113	10	29	27
Hamburg	192	122	36	104	12	31	39
Bremen	187	132	27	100	-	37	41
Berlin (West)	145	104	10	70	11	27	32
Bundesdurchschnitt	184	100	49	104	13	33	30

Volksschulen beanspruchen in Schleswig-Holstein sechs Zehntel der Ausgaben

Die allgemeinbildenden Schulen nehmen bei weitem den größten Teil der unmittelbaren Ausgaben des Unterrichtswesens für sich in Anspruch. Ihnen flossen 1966 mit 540 Mill. DM 86% aller unmittelbaren Ausgaben des Unterrichtswesens zu. 1961 sind es 316 Mill. DM oder 83% gewesen. Die Spitzenposition der allgemeinbildenden Schulen hat sich also sogar noch verstärkt. Das ist allein auf die Volksschulen zurückzuführen, deren Anteil von 52 auf 58% stieg, während der der Realschulen von 13 auf 11% und der Anteil der Gymnasien von 19 auf 17% fiel. Der an und für sich schon kleine Anteil der berufsbildenden Schulen hat sich entsprechend verringert. Insgesamt vereinigen sie 13% der unmittelbaren Ausgaben gegenüber 14%

fünf Jahre zuvor auf sich, wobei auf die Pflichtfortbildung 8%, auf die Berufsfach- und Fachschulen 3% und die Ingenieurschulen 2% entfallen. Ein Restanteil von 1% verbleibt für die Schulverwaltung.

Die Lastenverteilung zwischen dem Land und seinen Kommunen ist, wie schon dargelegt, bei den einzelnen Schularten recht unterschiedlich. Die beiden Extreme sind die Berufsfach- und Fachschulen und die Ingenieurschulen. Zur Unterhaltung der Berufsfach- und Fachschulen steuern die Kreise und die kreisfreien Städte reichlich sechs Zehntel bei und für die Ingenieurschulen wenden sie weniger als ein Zehntel auf. Von den Kosten der Realschulen und Gymnasien tragen die Gemeinden und Gemeindeverbände jeweils ein Drittel, während es bei den Volks- und Sonderschulen sowie bei den Berufsschulen jeweils 45% sind. Die Anteile der Kommunen sind gegenüber 1961 bei den Volksschulen und den berufsbildenden Schulen gestiegen und bei den Realschulen und Gymnasien gefallen.

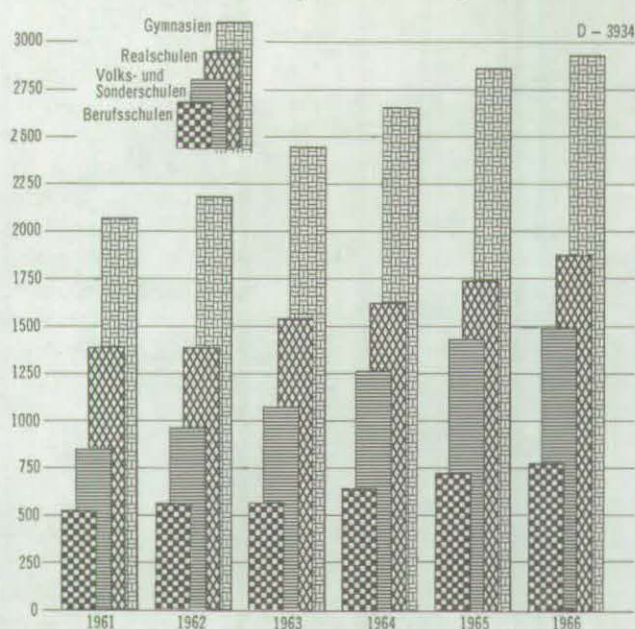
Unmittelbare Ausgaben nach Schularten

Art	1961		1966	
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Veränderung in %
Volks- und Sonderschulen ¹	197,5	361,3	58	+ 83
Realschulen	47,8	69,0	11	+ 44
Gymnasien ¹	70,9	109,5	17	+ 54
Allgemeinbildende Schulen zusammen	316,3	539,9	86	+ 71
Berufsschulen	35,2	51,1	8	+ 45
Berufsfach- und Fachschulen ²	15,0	17,9	3	+ 19
Ingenieurschulen	4,5	9,8	2	+ 118
Berufsbildende Schulen zusammen	54,7	78,7	13	+ 44
Schulverwaltung und übriges Unterrichtswesen	8,3	8,2	1	- 1
Insgesamt	379,2	626,8	100	+ 65

1) einschl. Minderheitsschulen 2) einschl. kommunaler Anteil der Ingenieurschulen (1966 = 3 Mill. DM)

Für die 235 000 Volksschüler wurden 1966 im Schnitt 1 500 DM aufgewendet. Ein beachtlicher Betrag, wenn man bedenkt, daß es 1961 nur 850 DM und 1951 sogar nur 250 DM gewesen sind. Der Hauptanteil entfällt dabei auf die Lehrerbesoldung. Die Personalausgaben beanspruchen nämlich 900 DM je Schüler, während für die Bauinvestitionen 250 DM ausgegeben wurden, also genausoviel wie 1951 insgesamt. Die Schulverhältnisse haben sich gegenüber 1961 nur unwesentlich geändert. Nach wie vor betreut im Durchschnitt trotz wachsender Schülerzahlen ein Lehrer 33 Volksschüler und entfallen neun Lehrer auf 10 Klassen. Durch verstärkte Baumaßnahmen ist es jedoch gelungen, die Zahl der Schüler

Unmittelbare Ausgaben in DM je Schüler



je Klasse von 31 auf 30 zu senken. 1951 waren 39 Volksschüler in einen Klassenraum zusammengedrängt.

Der Betrag, der für einen Realschüler ausgegeben wird, weicht nicht mehr so stark wie 1961 von dem für Volksschüler ab. Mit 1 900 DM liegt er um 400 DM über dem für Volksschüler, 1961 sind es noch 550 DM gewesen. Der DM-je-Schüler-Betrag ist danach für Volksschüler um drei Viertel und der der Realschüler um ein Drittel höher als 1961. Diese unterschiedliche Entwicklung hängt im wesentlichen von den Bauausgaben ab. Während sie bei den Volksschulen von 100 auf 250 DM je Schüler stiegen, fielen sie bei den Realschülern von 250 auf 150 DM. Da die Kapazität bei den Realschulen günstiger war, hat sich dieser Rückgang nicht auf die Schulverhältnisse ausgewirkt; Die Zahl der Schüler je Klasse ist sogar von 30 auf 29 zurückgegangen, obwohl sich die Gesamtzahl der Realschüler um gut 2 000 oder 6% erhöht

hat. Die Aufstockung der hauptamtlichen Lehrkräfte hat mit der Zunahme der Schüler Schritt gehalten, so daß nach wie vor ein Lehrer 23 Realschüler betreut und 13 Lehrer auf 10 Klassen entfallen.

Der verstärkte Übergang zu den Gymnasien hat dazu geführt, daß 1966 fast 3 000 oder 8% mehr Schüler Gymnasien besuchen als 1961. Am 2. Mai 1966 sind es 37 000 gewesen. Zwei Drittel von ihnen gehen auf städtische Gymnasien. Für einen Gymnasiasten werden im Durchschnitt 2 950 DM aufgebracht, also 900 DM oder vier Zehntel mehr als 1961. Den größten Teil davon, nämlich drei Viertel oder 2 100 DM, beansprucht die Besoldung der fast ausschließlich hauptamtlichen Lehrkräfte. Für Bauinvestitionen wurden 400 DM je Schüler aufgewendet. Die Schulverhältnisse, die günstiger sind als die der Realschulen oder der Volksschulen, haben sich nicht verändert. Die Zunahme der Schülerzahl wurde also durch erhöhte Einstellungen von Lehrkräften und verstärkte Bauinvestitionen ausgeglichen. Daher entfallen nach wie vor 26 Gymnasiasten auf eine Klasse und 15 Lehrer auf 10 Klassen. Im Durchschnitt betreut ein Lehrer 17 Schüler.

Die Entwicklung verlief insgesamt gesehen für die allgemeinbildenden Schulen günstiger als für die berufsbildenden Schulen. Die unmittelbaren Ausgaben der allgemeinbildenden Schulen waren 1966 um sieben Zehntel höher als 1961, die der berufsbildenden Schulen nur um reichlich vier Zehntel. Daran ändert auch die reichliche Verdoppelung der Ausgaben für die Ingenieurschulen nichts, da sie nur ein kleines Gewicht haben. Der Hauptposten, und zwar zwei Drittel der Ausgaben für berufsbildende Schulen, entfällt nämlich auf die Berufsschulen; er war nur um 45% höher als 1961. Auf den Berufsschulen findet sich auch die Masse der Schüler. Daher ist der DM-je-Schüler-Betrag mit knapp 800 DM relativ niedrig. Er erhöhte sich gegenüber 1961 um ungefähr 250 DM. Die Berufsfach- und Fachschulen wurden 1966 von 4 500 Schülern besucht. Für sie wurden 3 300 DM je Schüler aufgewendet. Vergleiche mit früheren Jahren lassen sich nicht anstellen, da keine genauen Angaben vorliegen. Eine Sonderstellung nehmen die Ingenieurschulen ein, die durch ihren speziellen Bedarf an Unterrichtsmaterial und -räumen 1966 4 650 DM je Ingenieurschüler benötigten.

Unmittelbare Ausgaben 1961 - 1966
in DM je Schüler

Jahr	Volk- und Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien	Berufsschulen	Berufsfach- und Fachschulen	Ingenieurschulen
1961	850	1 380	2 065	523	.	
1962	976	1 385	2 177	563	.	(2 924)
1963	1 077	1 539	2 440	568	.	(3 397)
1964	1 267	1 614	2 657	645	.	(4 243)
1965	1 435	1 749	2 865	733	3 293	5 610
1966	1 513	1 879	2 941	784	3 327	4 648

() ohne Textilingenieurschule Neumünster

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Ausgaben für Wissenschaft, Schulen und Kultur" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 119 (April) und "Finanzen und Personalwirtschaft der öffentl. Schulen" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 145 (März) sowie das jährliche Quellenwerk "Die öffentl. Schulhaushalte in S.-H." zuletzt L 1/S - 1/66

Kurzberichte

Der Realschulabschluß

Die Realschule - früher Mittelschule genannt - hat in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern eine überragende Bedeutung. Von 1 000 Jugendlichen im Alter von zehn bis siebzehn Jahren besuchten 1966 in Schleswig-Holstein 165 eine Realschule; im Bundesdurchschnitt waren es nur 98. Dem entsprechend ist auch der Anteil der Schüler, der die Realschule mit dem Abschlußzeugnis (mittlere Reife) verläßt, in Schleswig-Holstein besonders hoch. In letzter Zeit haben jährlich knapp 5 000 Schüler die Realschule mit dem Abschlußzeugnis verlassen. Hinzu kamen noch reichlich 1 000 Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Aufbauzüge an Volksschulen. Die Entwicklung der Zahl der Realschulabschlüsse ist - langfristig gesehen - recht konstant geblieben. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Zahl der Schüler, die das Abschlußzeugnis der Realschule oder des Aufbauzuges erhalten haben, auf die Zahl der Gleichaltrigen der gesamten Bevölkerung bezieht. Die nachstehende Aufstellung macht außerdem den erheblichen Unterschied im Realschulwesen zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesdurchschnitt sichtbar:

Jahr	Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Realschule (einschließlich Aufbauzug) ¹		
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet
	Anzahl	je 100 Gleichaltrige ²	
Frühjahr 1958	7 918	18,9	7,7
1959	7 867	20,4	8,6
1960	7 251	20,4	9,4
1961	6 434	19,9	9,3
1962	5 175	17,1	8,2
1963	5 606	19,2	9,3
1964	6 027	19,0	9,3
1965	6 286	19,2	9,4
1966	6 244	18,9	9,7
Herbst 1966	6 173	18,7	.
1967	6 063	18,7	.

1) Öffentliche und private Schulen, ohne Abendrealschulen

2) Durchschnittsjahrgang der 16- bis 18jährigen

Die vorstehenden Zahlen bedeuten, daß in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein rund 19% der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges das Abschlußzeugnis der Realschule (einschließlich Aufbauzug) erhalten haben. Im Bundesdurchschnitt waren es aber nur zwischen 9 und 10%. In Schleswig-Holstein ist jedoch in den letzten Jahren ein leichter Rückgang bei der Zahl der Realschulabschlüsse nicht zu übersehen.

Die Zahl der Schüler, die die Realschule oder den Aufbauzug mit dem Abschlußzeugnis ver-

läßt, ist nicht - was leicht übersehen wird - mit der Zahl der Schüler gleichzusetzen, die einen mittleren Abschluß erreicht hatten. Diese Zahl ist erheblich höher. In jedem Jahr verläßt nämlich eine nicht geringe Zahl von Schülern das Gymnasium ohne Abitur, aber mit dem mittleren Abschluß (Frühjahr 1966: rund 800 Schüler; Herbst 1966: rund 600 Schüler). Diese Schüler haben mindestens das Abschlußzeugnis der Untersekunda erreicht. Darüber hinaus wird jedoch in steigendem Maße der mittlere Abschluß im Bereich des Berufsbildenden Schulwesens (z. B. Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen) erworben. Andererseits brauchen sich die Schüler, die die Realschule mit dem Abschlußzeugnis verlassen haben, nicht mit diesem Abschluß zu begnügen. Die Durchlässigkeit des Schulwesens ermöglicht es ihnen, u. a. ein Aufbau-gymnasium oder ein Wirtschaftsgymnasium zu besuchen, um dort die Hochschulreife zu erlangen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die Studenten im Sommersemester 1968 an der Universität Kiel

Im Sommersemester 1968 hatte die Christian-Albrechts-Universität in Kiel über 7 500

Immatrikulierte Studenten im Sommersemester 1968 (einschließlich Beurlaubte) an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel¹

Fachrichtung	Studenten ²		
	Insgesamt	Frauen	Ausländer
Evangelische Theologie	98	24	2
Allgemeine Medizin ¹	1 651	333	185
Zahnmedizin	317	72	25
Pharmazie	210	106	2
Rechtswissenschaft	1 122	116	1
Wirtschaftswissenschaften	540	55	41
Geisteswissenschaften	1 786	861	119
Naturwissenschaften	1 596	272	125
Landwirtschaft	219	19	53
Insgesamt	7 539	1 858	553

1) einschließlich 286 Studenten der Medizinischen Akademie Lübeck

2) vorläufiges Ergebnis

Studenten, und zwar nicht ganz 7 000 Deutsche und mehr als 500 Ausländer. Das ist die höchste Studentenzahl, die jemals in einem Semester an der Universität registriert worden ist. In dieser Zahl sind die Studenten der Medizinischen Akademie Lübeck enthalten, die als zweite medizinische Fakultät der Universität in Kiel bezeichnet wird. Die Medizinische Akademie Lübeck wurde am 1. Oktober 1964 errichtet.

An der Kieler Universität dominieren - wenn man grob gliedert - die Fachrichtungen Geisteswissenschaften, Allgemeine Medizin, Naturwissenschaften und Rechtswissenschaft. Im Sommersemester 1968 gehörten über 80% aller Studenten zu diesen vier Fachrichtungen. Der Anteil der Frauen an allen Studierenden

ist mit rund 25% seit vielen Jahren nahezu unverändert geblieben. Den höchsten Frauenanteil gab es in den Fachrichtungen Pharmazie (50%) und Geisteswissenschaften (48%). Am niedrigsten war er in der Landwirtschaft (9%), in den Wirtschaftswissenschaften (10%) und in der Rechtswissenschaft (10%). Die Zahl der Ausländer, die lange Zeit zwischen 400 und 500 je Semester lag, hat in den letzten drei Semestern die Grenze von 500 überschritten. Im Sommersemester 1968 waren 7% aller Studenten Ausländer. Einen besonders hohen Ausländeranteil hatten die Fachrichtungen Landwirtschaft (24%) und Allgemeine Medizin (11%).

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 8 . August 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
			Monats- Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 487	2 482	2 485	2 489	2 505
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 687	1 501	2 007	1 925	1 843	1 635
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,1	7,4	9,5	9,4	8,7	7,9
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 779	3 919	4 060	3 901	3 922	3 859
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,2	19,2	19,3	19,1	18,5	18,7
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 494	2 508	2 333	2 824	2 470
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,9	12,2	11,9	11,4	13,3	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	71	66	70	71	95	56
	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	18,7	16,8	17,2	18,2	24,2	14,5
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 425	1 552	1 568	1 098	1 389
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	8,3	7,0	7,4	7,7	5,2	6,7
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	8 998	8 129	7 486	6 598
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	7 104	6 202	5 445	5 870
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	1 894	1 927	2 041	728
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	10 608	12 850	10 193	9 204	9 333
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	28 952	24 524	22 135	21 801
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	169	205	165	153	146
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	22	25	21	17	24	18	13	10
darunter * Männer	1 000	31	16	18	15	12	18	12	9	7
Offene Stellen	1 000	5	10	11	12	12	14	14	15	16
darunter für Männer	1 000	3	4	4	5	5	6	6	6	7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 395 ^a	.	.	1 500	.	.	.	1 500
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	513 ^a	.	.	501	.	.	.	504
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 752 ^a	.	.	1 731	1 726	.	.	1 718
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	180 ^a	.	.	188	176	.	.	178
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	111 ^a	.	.	121	107	.	.	109
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	25	24	21	23	25	24	21
* Kälber	1 000 St.	5	4	5	5	4	5	5	4	3
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	167 ^c	161	155	154	184	181	179	161
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	8	5	3	14	8	6	3
* Gesamtschlachtgewicht ⁶⁾	1 000 t	9,3	20,8	19,6	19,1	18,5	20,7	21,1	21,2	19,0
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	5,9	5,4	4,9	5,5	5,8	5,7	4,8
* Schweine	1 000 t	5,9	13,8	13,4	13,4	13,3	14,8	15,0	15,3	13,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	235	241	229	232	242	240	233	236
Kälber	kg	49	58	56	60	65	55	56	57	60
Schweine	kg	89	89	88	89	88	87	87	88	88
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	228	248	223	224	235	251	223
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	91	92	93	91	92	93	93
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	14,9	15,7	14,5	14,1	15,3	15,8	14,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1967/68 = 18

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	170	170	170	171	171	172	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	132	131	131	131	131	131	132	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	21 114	20 856	20 732	21 396	22 296	21 940	22 290	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	94,5	104,1	105,8	100,5	105,2	112,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	42,1	42,8	43,5	44,6	45,4	46,9	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	43	45	43	41	36	38	45	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	10 901	10 901	12 587	11 818	10 936	10 528	12 696	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	83	78	68	85	80	78	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	128	125	122	138	132	137	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	40	37	35	46	37	37	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	813	817	790	856	920	847	939	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	92	119	155	173	108	152	...
Produktionsindex	1958=100	100	143	145	r 147	145	150	159	160	...
Steine und Erden		100	160	165	172	187	127	175	193	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	117	120	116	120	138	146	142	...
Schmittholz und Sperrholz		100	90	95	95	92	93	104	103	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	141	134	134	155	133	145	...
Gummi- und Asbestwaren		100	190	214	223	217	247	253	298	...
Wasserfahrzeuge		100	91	96	91	91	97	96	102	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	136	157	140	135	133	132	136	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	145	140	125	136	160	172	164	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	189	194	193	202	161	182	182	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	175	174	180	155	165	155	...
Leder		100	16	20	18	14	11	10	7	...
Schuhe		100	82	91	39	72	91	81	72	...
Textilien		100	82	91	88	94	100	101	102	...
Bekleidung		100	110	124	90	81	127	134	131	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	192	168	188	183	214	205	206	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	150	157	134	121	227	159	148	...
Milcherzeugnisse		100	149	194	227	180	194	252	239	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	r 150	r 149	r 162	r 157	r 124	164	168	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	.	.	96	97
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	125	.	.	120	93
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	129	.	.	123	94

Öffentliche Energieversorgung

*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	181	161	124	163	156	155	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	309	293	285	360	324	333	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	24	19	18	r 29	21	18	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 9) einschließlich Lehrlingsstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzüglich Umsatzsteuer 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	59 283	60 462	61 515	59 540	60 609	61 569	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	8 782	9 373	9 874	7 359	9 235	9 880	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	4 121	4 372	4 468	3 263	4 071	4 330	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	3 271	3 526	3 722	2 781	3 630	3 923	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	45,6	50,9	52,8	40,6	52,9	58,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,3	4,3	4,5	4,5	4,7	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	120,8	142,3	164,7	69,9	71,0	86,2	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	958	741	975	733	708
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	128	116	199	125	162
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	181,1	97,7	155,2	112,0	122,7
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	134,4	76,4	110,0	82,4	76,4
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	1 674	1 056	1 612	1 123	1 215
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	1 226	709	1 025	753	681
*Wohnungen		2 109	2 321	3 712	2 065	2 803	2 117	1 843
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	3 461	1 785	2 505	1 880	1 693
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 391	1 200	1 447	1 401
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 512	5 064	6 033	6 043
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	852	532	756	1 096	866	1 340	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	1 032	1 310	1 599	1 019	298	1 571	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	22 327	21 016	22 041	21 823	23 565	26 973	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	28 891	30 157	31 992	39 347	31 947	32 842	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	135,0	149,2	140,3	148,6	151,5	213,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	11,3	11,2	13,7	17,8	16,8	11,0	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	115,4	123,7	138,0	126,6	130,8	134,7	202,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	4,0	3,3	3,5	4,2	3,7	3,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	10,9	10,3	9,6	14,3	9,7	8,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	108,9	124,3	113,5	112,3	121,3	190,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	9,1	9,0	7,7	9,6	10,1	11,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	99,7	115,3	105,8	102,6	111,2	178,7	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	36,6	39,3	38,6	48,4	45,4	37,5	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	10,5	14,0	11,8	10,7	12,1	9,9	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	12,5	12,5	14,2	18,0	17,2	13,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	60,5	53,9	59,7	60,0	39,8	72,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	9,3	7,9	14,8	14,8	15,3	25,5	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	5,0	5,0	8,2	5,7	6,7	5,9	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	3,1	26,2	22,3	23,2	2,2	23,4	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	33,8	5,1	5,5	6,3	6,4	7,8	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	169	102	175	256	78	113	153	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	20	13	20	29	8	17	19	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 240	334	864	2 121	262	415	735	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	40	23	34	55	14	28	32	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
			Monats-Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	237	228	227	247	237	236	237	...
*Güterversand	1 000 t	195	374	385	396	380	310	391	430	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 033	6 120	5 992	5 312	6 599	6 874
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)		227	13	20	18	17	17	20
*Personenkraftwagen		2 107	3 962	4 948	4 865	4 169	5 413	5 654
*Kombinationskraftwagen		175	393	446	480	437	500	470
*Lastkraftwagen		293	348	400	375	404	444	495
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 191	1 109	1 290	1 354	1 062	1 046	p 1 264	p 1 445
*Getötete Personen		40	62	51	56	59	54	52	p 55	p 73
*Verletzte Personen		1 130	1 604	1 478	1 827	1 850	1 489	1 390	p 1 684	p 2 044
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	9 685 ^d	9 211	9 260	9 441	9 738	9 841	9 956	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 312 ^d	2 183	2 181	2 325	2 259	2 311	2 342	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 290 ^d	2 155	2 169	2 292	2 237	2 282	2 306	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	7 373 ^d	7 029	7 079	7 115	7 479	7 530	7 614	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	6 237 ^d	6 001	6 045	6 081	6 298	6 338	6 461	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	6 461 ^d	5 828	5 850	5 808	6 608	6 708	6 747	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	2 303 ^d	2 009	2 017	1 953	2 310	2 390	2 405	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 874 ^d	1 624	1 616	1 613	1 833	1 879	1 862	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	4 158 ^d	3 818	3 833	3 855	4 298	4 319	4 343	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 710 ^d	2 507	2 515	2 524	2 796	2 808	2 821	2 832
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	858 ^d	777	781	789	889	894
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	194	155	153	164	182	178
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	153	133	138	142	158	158
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	10	11	9	13	11	8	12	4
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	1	2	4	3	2	-	-
Wechselproteste	Anzahl	636	819	840	916	856	683	694
	Wert	465	1 021	1 172	1 085	1 016	840	826
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	88 247	55 311	61 398	129 280	140 001	57 378	62 195	137 645
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	4 369	1 028	10 955	1 523	581	566	10 027	995
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	10 302	11 066	10 062	10 014	11 373	12 273	10 941	9 150
*Biersteuer	1 000 DM	420	816	566	746	746	558	609	672	909
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	67 843	38 127	34 693	112 031	122 659	38 808	34 447	121 841
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	163 523	137 127	135 023	196 872	176 088	127 361	139 796	187 468
darunter										
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM	26 688	52 109	49 118	44 122	52 822	14 614	23 888	27 480	30 779
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	3 113	5 089	3 997	4 822	4 173	11 330	12 650	11 034	8 525
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 557	1 443	1 522	1 674	61	54	26	23
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 051	6 159	7 358	5 368	6 882	5 743	6 818	8 305
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 358	58 872	54 016	56 823	67 033	67 828	62 030	73 992	64 911
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	39 604	35 050	36 665	23 643	38 065	37 873	36 554	41 374
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	39 844	22 392	20 375	65 796	72 038	22 792	20 231	71 558
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	2	2	5	0	0	1	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 745	2 497	8 802	2 094	1 916	2 485	8 865	1 639
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	107 687	60 519	55 068	177 827	194 696	61 599	54 677	193 399
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	51 319	40 030	35 447	38 446	40 171	43 974	39 172	43 541
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	46 019	18 885	14 718	113 636	120 748	14 105	10 668	124 560
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 148	486	555	1 121	873	349	679	1 708
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 328	9 202	1 118	4 348	24 624	32 905	3 172	4 158	23 590

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
				Monats-Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	105 039 ⁺	106 789 ^e	.	.	104 294 ^e	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 175 ⁺	7 247 ^e	.	.	7 272 ^e	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	17 664 ⁺	18 758 ^e	.	.	19 504 ^e	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	72 078 ⁺	72 115 ^e	.	.	69 093 ^e	.	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 121 ⁺	8 669 ^e	.	.	8 425 ^e	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 956 ⁺	6 875 ^e	.	.	8 279 ^e	.	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	105,2	104,9	105,7	107,7	106,0	105,1	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgegenstände	1962=100	.	106,9	106,8	106,6	106,7	106,1	105,6	105,4	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	103,6	103,0	103,3	r 101,7	r 99,5 ^f	p 99,4 ^f	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,7	104,6	104,7	99,6 ^f	99,1 ^f	98,9 ^f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^g	109,3 ^h	106,5	105,1	106,9	p 99,2 ^f	p 96,5 ^f	p 97,7 ^f	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	.	116,0
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
	1962/63=100	90,8 ^g	109,9 ^h	111,1	110,5	110,3	r 105,2 ^f	r 104,8 ^f	102,3 ^f	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ⁱ⁾	100	120	120	120	120	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung	1962=100	92,7	114,4	114,5	114,8	115,0	115,7	115,7	115,8	116,3
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		.	112,0	112,8	113,4	113,7	111,2	111,2	111,1	112,0
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,2	112,2	112,1	111,9	111,9	111,8	111,9
Wohnungsmieten		.	138,2	137,4	137,8	138,2	145,0	146,2	147,5	148,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	106,0	106,1	106,5	117,0	113,6	113,1	113,6
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,5	108,4	108,3	108,2	108,1	108,1	108,6
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	223	222	.	.	.	227	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124	234	233	.	.	.	238	.	.
*weiblich	DM	68	135	134	.	.	.	140	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	5,03	5,00	.	.	.	5,14	.	.
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,33	5,28	.	.	.	5,43	.	.
*weiblich	DM	1,53	3,37	3,37	.	.	.	3,43	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	44,1	44,3	.	.	.	44,1	.	.
*weiblich	Std.	44,2	40,1	39,7	.	.	.	40,7	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,0	42,8	.	.	.	39,6	.	.
*weiblich	Std.	41,4	38,3	38,6	.	.	.	36,3	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 155	1 152	.	.	.	1 198	.	.
*weiblich	DM	382	752	748	.	.	.	774	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 243	1 241	.	.	.	1 278	.	.
*weiblich	DM	403	773	768	.	.	.	795	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	1 001	991	.	.	.	1 038	.	.
*weiblich	DM	331	621	614	.	.	.	662	.	.
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 130	1 109	.	.	.	1 153	.	.
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 048	1 040	.	.	.	1 086	.	.
*weiblich	DM	347	658	652	.	.	.	694	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 234	1 231	.	.	.	1 269	.	.
*weiblich	DM	391	771	769	.	.	.	793	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenpiegel" veröffentlicht

17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts-

vorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964

neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.1. - 31.3. f) ohne Mehrwertsteuer

g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31. 12. in Mill. DM ⁴⁾	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt		laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		Empfänger in 1 000
	in 1 000											
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 018	74,0	.	.	9,5
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	...	13,5

Jahr	Steuereinnahmen						Steuern vom Einkommen ⁵⁾		Neuverschuldung ⁶⁾			
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt	Gewerbesteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971
1967	1 962	686	706	1 059	814	452	321	1 292	616	2 136	1 429	1 074

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter					
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung 1962=100 ⁷⁾		Industriearbeiter ⁹⁾		Angest. in Industrie ⁹⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst	
	industrieller Produkte	landwirtschaftlicher Produkte ⁸⁾		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
			Männer			Frauen	Kaufmännische Angestellte		Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	1962=100	1961/63 =100						Männer	Frauen	Männer	
DM											
1962	100	100,8	100	100	163	98	756	466	912	1 045	692
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	...	115,9	114,4	223	135	1 048	658	1 234	1 298	922

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschließlich Umbau ganzer Gebäude 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspar-einlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite 7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.3.1968			Bevölkerungsveränderung im März 1968			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLENSBURG	95 994	- 0,2	- 0,9	19	- 232	- 213	37	1	47
KIEL	269 134	- 0,1	- 0,3	54	- 197	- 143	108	1	137
LÜBECK	242 393	+ 0,0	+ 0,0	54	18	72	125	4	165
NEUMÜNSTER	73 161	+ 0,1	- 0,7	35	70	105	47	-	66
Eckernförde	73 543	+ 0,4	+ 3,2	41	272	313	51	3	74
Eiderstedt	19 832	+ 0,3	+ 0,7	20	36	56	14	2	16
Eutin	95 222	+ 0,0	+ 1,0	19	24	43	58	4	86
Flensburg-Land	72 715	+ 0,1	+ 2,1	42	- 3	39	54	1	83
Hzgt. Lauenburg	141 454	+ 0,0	+ 1,2	49	- 46	3	78	6	102
Husum	66 292	+ 0,1	+ 0,7	28	50	78	39	3	52
Norderdithmarschen	61 608	+ 0,1	+ 2,1	48	- 14	34	40	2	49
Oldenburg in Holstein	86 084	- 0,0	+ 0,8	- 5	- 38	- 43	63	6	93
Pinneberg	260 967	+ 0,2	+ 1,8	190	424	614	134	3	185
Plön	117 743	+ 0,1	+ 0,7	78	6	84	75	8	100
Rendsburg	165 941	+ 0,0	+ 0,9	83	- 71	12	98	12	151
Schleswig	101 143	+ 0,1	+ 0,9	33	101	134	60	2	94
Segeberg	112 287	+ 0,2	+ 3,2	91	97	188	81	4	112
Steinburg	128 247	- 0,0	+ 0,7	35	- 70	- 35	63	4	92
Stormarn	177 068	+ 0,4	+ 3,8	128	505	633	135	6	208
Süderdithmarschen	73 444	+ 0,0	- 0,4	4	5	9	36	-	57
Südtondern	70 267	- 0,2	+ 1,6	52	- 209	- 157	49	1	75
Schleswig-Holstein	2 504 569	+ 0,1	+ 1,1	1 098	728	1 826	1 445	73	2 044

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeug- bestand am 1.1.1968		Pkw ⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1.7.1967
	Betriebe am 31.5.1968	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Mai 1968 in Müll. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31.5.1968	je 1 000 Einwohner am 31.3.1968				
FLENSBURG	67	6 797	69	43	19 605	17 371	176
KIEL	168	30 202	113	112	55 066	48 763	177
LÜBECK	145	30 679	128	111	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	60	10 310	138	24	15 242	13 321	180
Eckernförde	34	1 771	25	7	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	425	21	3	5 054	3 727	182
Eutin	47	3 842	39	18	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	33	901	12	7	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	92	8 387	58	29	33 514	26 297	181
Husum	24	1 278	19	12	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	33	1 388	24	4	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	29	1 451	17	9	19 810	14 688	166
Pinneberg	257	24 679	94	130	58 710	49 557	187
Plön	55	2 778	22	16	28 699	21 807	181
Rendsburg	100	8 904	53	49	40 652	30 757	181
Schleswig	41	3 263	33	38	26 263	19 436	188
Segeberg	88	5 603	50	29	31 096	23 096	202
Steinburg	90	10 329	80	50	29 705	22 720	173
Stormarn	134	14 403	80	136	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 077	56	49	18 667	13 616	179
Südtondern	13	967	14	8	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 557	172 434	68	884	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.3.1968

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31.12.1967			Offene Stellen am 31.5.1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.3.1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Mai 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4.3.1968	Rindvieh am 4.12.1967	
		VZ 1961	31.12.1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 500	+ 7,9	+ 1,1	15	12	251	93,0	15,8	1 726	1 395	513
Hamburg	1 833	+ 0,0	- 0,8	18	24	3	87,8	15,7	22	16	5
Niedersachsen	6 993	+ 5,3	+ 0,4	44	50	496	89,4	15,4	5 300	2 719	1 037
Bremen	752	+ 6,4	+ 0,3	6	6	2	78,2	15,3	12	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 843	+ 5,9	+ 0,0	138	290	350	93,2	14,3	3 631	1 932	791
Hessen	5 263	+ 9,3	+ 0,4	48	113	148	80,3	12,5	1 348	939	384
Rheinland-Pfalz	3 625	+ 6,1	+ 0,4	20	31	105	78,5	11,4	857	761	297
Baden-Württemberg	8 566	+ 10,4	+ 0,4	101	259	254	76,9	9,9	2 119	1 905	831
Bayern	10 280	+ 8,0	+ 0,6	83	133	630	79,9	10,3	4 193	4 222	1 971
Saarland	1 131	+ 5,5	- 0,1	3	14	12	79,8	12,8	78	73	30
Berlin (West)	2 163	- 1,6	- 1,0	24	17	1	23,3	17,1	.	2	1
Bundesgebiet	59 949	+ 6,7	+ 0,3	499	951	2 253	85,1	12,4	19 285 ^a	13 981	5 866

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1967			
	Beschäftigte		Umsatz ²⁾ im Februar 1968		Produktionsindex ³⁾ 1958=100 im März 1968	Beschäftigte am 31.12.1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 29.2.1968	je 1 000 Einw. am 31.12.1967	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
	in %		in %		in %		in %		in %		in %
Schleswig-Holstein	171	68	798	10,3	150	62	25	27 856	11,1	28 694	11,5
Hamburg	201	108	1 415	14,2	.	44	24	15 509	8,5	18 003	9,8
Niedersachsen	704	100	3 180	23,5	.	177	25	58 914	8,4	65 791 ^b	9,4
Bremen	93	123	485	7,4	.	21	27	6 006	8,0	7 100 ^b	9,4
Nordrhein-Westfalen	2 507	149	10 737	16,3	.	380	23	136 959	8,1	145 176	8,6
Hessen	669	127	2 477	22,2	183	137	26	50 184	9,5	59 824	11,4
Rheinland-Pfalz	359	99	1 637	20,2	255	88	24	30 000	8,3	29 592	8,2
Baden-Württemberg	1 418	165	5 143	19,0	.	214	25	82 116	9,6	87 756	10,2
Bayern	1 233	120	4 446	15,6	.	265	26	93 509	9,1	104 455	10,2
Saarland	149	133	413	31,7	.	24	21	6 068	5,4	7 499	6,6
Berlin (West)	247	114	1 017	12,5	.	47	22	25 631	11,8	18 411	8,5
Bundesgebiet	7 751	129	31 748	17,7	.	1 457	24	532 752	8,9	572 301 ^b	9,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1.1.1968		*Pkw ⁴⁾⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1.7.1967	Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im April 1968				Bestand an Spareinlagen ⁷⁾ am 30.4.1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1968		
	insgesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-
	in 1 000			in 1 000		in 1 000			in 1 000		in 1 000
Schleswig-Holstein	582	464	181	1 046	52	1 390	138	1 728	114	186	182
Hamburg	418	373	201	941	22	1 215	131	3 307	327	1 159	327
Niedersachsen	1 652	1 301	182	3 112	203	4 351	146	2 145	115	163	196
Bremen	156	137	179	287	4	338	119	2 444	212	691	302
Nordrhein-Westfalen	3 560	3 038	177	7 332	319	9 703	137	2 526	161	253	243
Hessen	1 304	1 067	198	2 402	86	3 429	146	2 571	188	220	268
Rheinland-Pfalz	863	664	178	1 648	77	2 404	151	2 116	117	173	204
Baden-Württemberg	2 148	1 710	195	3 504	185	5 076	150	2 568	179	235	258
Bayern	2 652	1 977	187	4 039	242	5 613	145	2 448	143	186	216
Saarland	226	188	162	473	22	637	139	1 921	108	146	146
Berlin (West)	390	349	157	946	24	1 191	128	1 870	113	368	271
Bundesgebiet	14 005 ^c	11 293 ^c	184	25 730	1 236	35 347	142	2 408	156	254	235

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie
 2) zuzüglich Umsatzsteuer 3) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin b) vorläufige Ergebnisse c) einschließlich Bundesbahn und -post: 55 000 Kfz und 25 000 Pkw

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Lehrer, Unterricht, Bildung und Kultur	
Lehrerbedarf	7/154
Schülerzahlen, Entwicklung der —	5/99
Volkshochschulen	3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1965-1967	6/140
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr 1967	3/64
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle 1967	7/159
Geld und Kredit, Versicherungen	
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967	6/136
Öffentliche Finanzen	
Gemeindesteuern 1967	3/69
Investitionskraft der Gemeinden	6/123
Landeshaushalt 1966	4/85
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71

Preise

Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
Verbraucherpreise im Bund	7/164

Löhne und Gehälter

Arbeitszeiten Industrie	5/114
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)	5/118
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)	6/128

Versorgung und Verbrauch

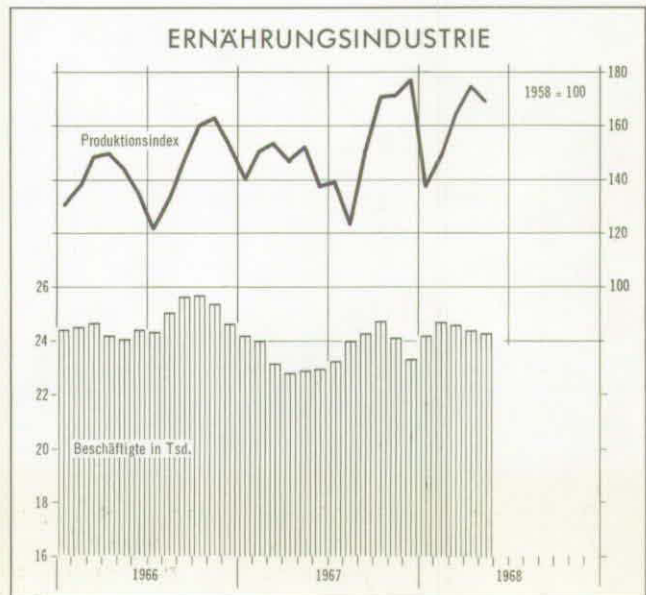
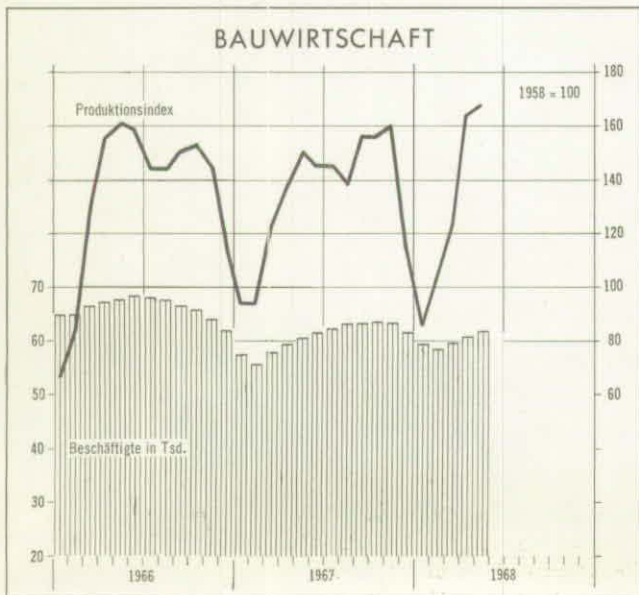
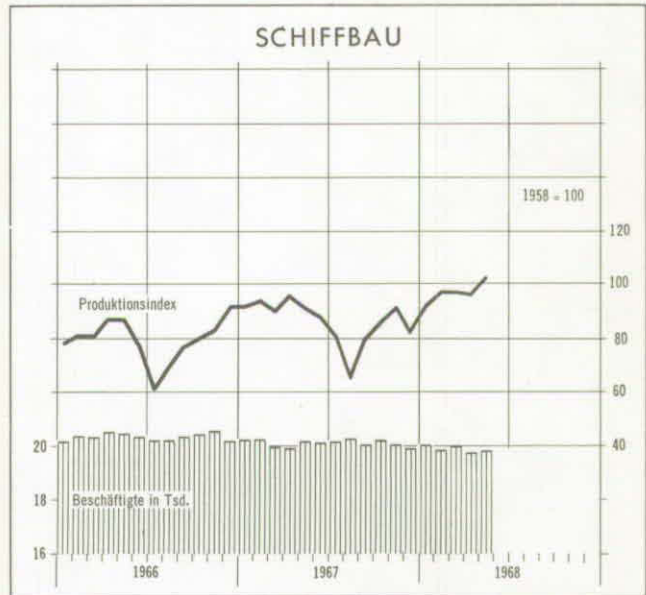
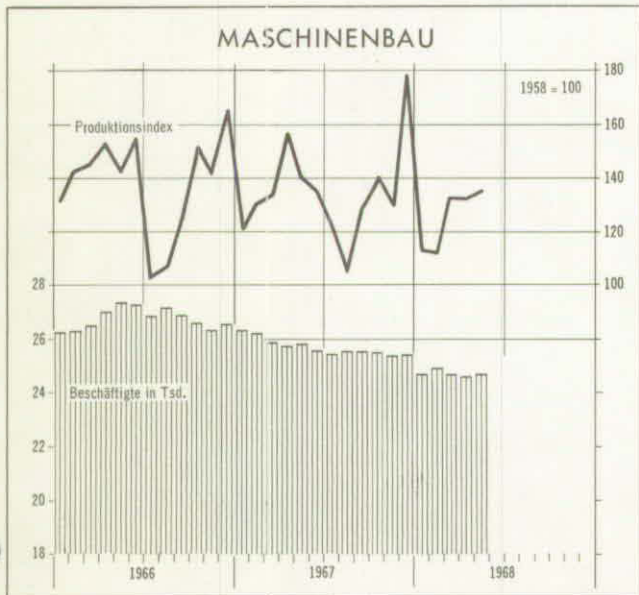
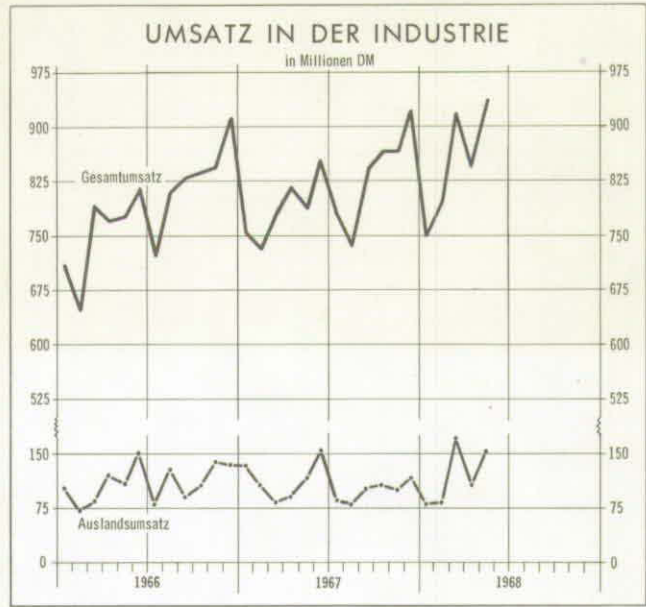
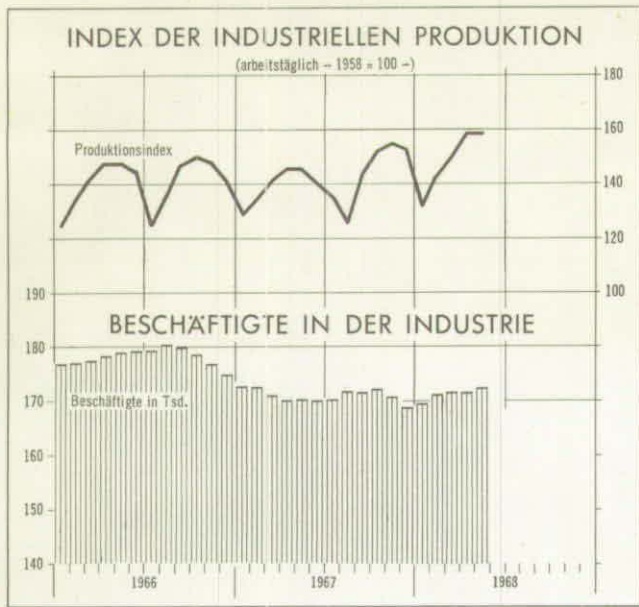
Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in --	4/91
---------------------------------------	------

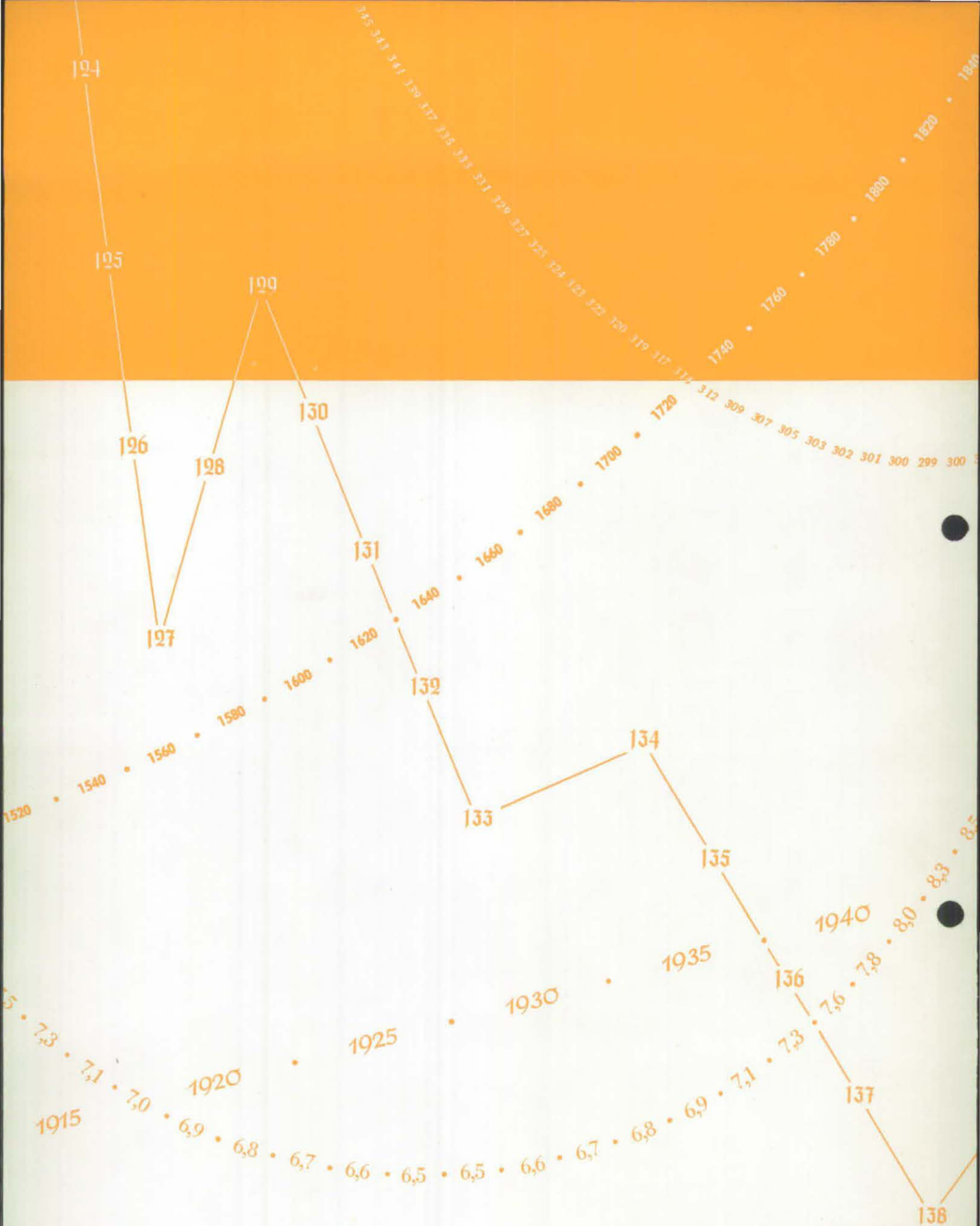
Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27
Volkseinkommen	7/147

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,- DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen